

Sozialdemokratischer Pressedienst

Herausgeber und Chefredakteur:
Erich Alfringhaus, Berlin.
Fernsprecher: Amt Dönhoff 4196/4198



Anschrift für Verlag und Schriftleitung:
Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 8
Druckanschrift: Copadienst

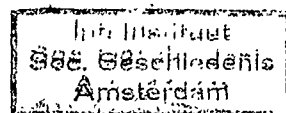
Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.

Der Abdruck ist nur auf Grund besonderer Vereinbarung gestattet. Kündigung beiderseits 4 Wochen vor dem Quartalsverfall, wenn nichts anderes vereinbart ist. Erfüllungsort für beide Teile ist Berlin.

Berlin, den 16. Januar 1931

England auf dem Balkan.

(Von unserem Korrespondenten)



SPD. Belgrad, im Januar (Eig. Bericht)

Im Laufe des verflossenen Jahres ist in den Balkanländern ein tüchtiges Stück Friedensarbeit geleistet worden. Als das Jahr begann, sah es nicht so aus, als ob dies möglich sein würde. Die italienische und die französische Machtpolitik arbeiteten auf dem Balkan diametral gegeneinander und versuchten, in Südosteuropa zwei feindliche Blöcke von Kleinstaaten zu bilden, die sich im Eventualfalle für die Interessen ihrer Hintermänner die Köpfe einschlagen sollten. Der Balkan schien auf dem besten Wege, wieder das Pulverfass zu werden, durch das Europa in die Luft gesprengt werden konnte. Dass es nicht so gekommen ist, und dass statt dessen zu Anfang 1931 eine zunehmende Befriedung im Balkan festgestellt werden kann, verdankt der Balkan und verdankt Europa nicht zuletzt der Aussenpolitik der britischen Arbeiterregierung.

Die Neubesetzung mehrerer wichtiger diplomatischer Vertretungen Grossbritanniens auf dem Balkan, insbesondere die Ernennung des tatkräftigen Nevile Henderson zum britischen Gesandten in Belgrad, bildete den Auftakt zu einer neuen britischen Balkanpolitik. Sie setzte ein mit einem Ausgleich mit der Türkei. Die Arbeiterregierung gab der türkischen Republik gegenüber jene nichtachtende, verletzende Haltung auf, zu der der inzwischen verstorbene Lord Curzon den Ton angeschlagen hatte, und die weiter zu "pflegen" Austen Chamberlain für seine Aufgabe gehalten hatte. Ein Besuch des britischen Mittelmeergeschwaders in Konstantinopel fand bei der Türkei günstige Aufnahme, die britische Gegeneinladung zu einem türkischen Flottenbesuch in Malta, der im kommenden Frühjahr erfolgen soll, wurde von Angora gern angenommen. Ein Handelsvertrag auf gegenseitige Meistbegünstigung konnte ohne Schwierigkeiten abgeschlossen werden. Hinsichtlich der teilweisen Streichung der türkischen Vorkriegsschuld lehnte es London ab, auf französische Interventionsgelüste einzugehen, die nur neue Konflikte, aber kein Geld bringen konnten.

Die offizielle Vermittlung in der türkisch-griechischen Auseinandersetzung, die im verflossenen Herbst durch den Abschluss des türkisch-griechischen Freundschaftsvertrages ihren Abschluss fand, hat Henderson den Italienern überlassen. Hinter den Kulissen aber hat die britische Arbeiterregierung nicht minder aktiv für den Ausgleich gewirkt als Italien. Im vergangenen Sommer drohte, als die Türken die früher deutsche "Goeben" wieder repariert und kampffähig gemacht hatten, ein türkisch-griechisches Wettrüsten zur See. Da in Athen eine britische Marinemission die griechische Flotte organisiert, hing es in hohem Grade von der Stellungnahme dieser Mission ab, zu welchen Massnahmen Griechenland schreiten würde. Unter einer konservativen Regierung in England hätte die Mission höchstwahrscheinlich zur Vergebung neuer griechischer Kriegsschiffsaufträge an britische Werften geraten. Die Arbeiterregierung aber warnte Griechenland nicht nur vor neuen Flottenbauten, sondern erwirkte in Athen auch

den Vorschlag zu einem türkisch-griechischen Flottenabkommen auf Parität, wie es dann in den Grundsätzen in Angora auch unterzeichnet wurde. Kaum war eine Verständigung zwischen Griechenland und der Türkei herbeigeführt, als ein neuer kritischer Augenblick zu verzeichnen war. Ein Süd-Balkan-Block, bestehend aus der Türkei, Griechenland und Bulgarien, drohte dem Nord-Block der Kleinen Entente entgegengesetzt zu werden: das vorläufige Hauptziel der italienischen Balkanpolitik. Wieder hat im entscheidenden Augenblick die britische Arbeiterregierung eingegriffen. Im Stillen knüpfte sie die Fäden zwischen Angora und Belgrad wieder zusammen, die seit 19 Jahren abgerissen waren, und gegenwärtig verhandeln die Türkei und Südslawien über einen Ausgleich in der Frage der einander gegenseitig zugefügten Kriegsschäden und über einen Handelsvertrag. Die Verhandlungen schreiten rasch fort und versprechen ein positives Ergebnis. Ebenso war es die Londoner Regierung, die gegen Ende 1930 den Besuch des südslawischen Aussenministers Marinkowitsch in Athen veranlasste, wo Venizelos kategorisch erklärte, dass von einem Block der südlichen Balkanstaaten keine Rede sein könne. Dieselben Erklärungen hat Venizelos um die Jahreswende bei seinem Besuch in Belgrad dem König Alexander gegenüber wiederholt.

Endlich hat die britische Politik auch eine hervorragende Rolle in der Herbeiführung jener merklichen Annäherung gespielt, die sich zwischen Südslawien und Bulgarien vollzogen hat. Der sensationelle Besuch des neuen britischen Gesandten in Belgrad bei seinem ebenfalls neuernannten Kollegen in Sofia bildete den Auftakt zu den beiden Konferenzen in Piro und der abschliessenden Konferenz in Sofia. Die Beschlüsse der Konferenz in Sofia, die inzwischen zum grossen Teile durchgeführt worden sind, enthalten eine Neuregelung der Bodenbesitzverhältnisse und des Verkehrs an der südslawisch-bulgarischen Grenze, die die Wiederholung der zahlreichen Grenzzwischenfälle vergangener Jahre unmöglich machen soll. Die britische Diplomatie ist es gewesen, die sowohl Bulgarien wie Südslawien nachgiebiger gestimmt und die teilweise Verständigung beider Länder überhaupt erst ermöglicht hat.

Wenn wir also heute, ganz anders als vor einem Jahre, die Balkanstaaten in freundlicherem Verhältnis zueinander sehen und politische Ausgleichs, die vor einem Jahre noch unmöglich schienen, heute Tatsachen geworden sind - so hat die Politik der Londoner Arbeiterregierung an diesem erfreulichen Ergebnis einen hervorragenden Anteil. Paris und Rom haben von verschiedenen Seiten aus dieser Politik entgegengearbeitet: beide wollen nicht Ruhe im Balkan, sondern die Herrschaft über den Balkan. Mit dem britischen Interesse an Ruhe im Balkan aber deckt sich nicht nur das deutsche Interesse, sondern decken sich auch die Bedürfnisse der internationalen Friedenspolitik.

SPD. Der Arbeitsausschuss des Verwaltungsrats der Reichspost stimmte am Donnerstag dem Vorschlage der Verwaltung zu, zum erstmöglichen Termin, dem 31. März 1931, die Transradio-Aktiengesellschaft auf die Reichspost zu übernehmen. Der Verwaltungsrat der Reichspost wird sich am Sonntabend mit der Angelegenheit beschäftigen. Es ist anzunehmen, dass er ebenso wie der Arbeitsausschuss mit grosser Mehrheit die Verreichlichung der Transradio A.G. beschliessen wird. Damit würde der von dem Bankkapital gegen diese Verreichlichung entfesselte grosse Feldzug zugunsten der öffentlichen Hand entschieden sein.

SPD. Neurode, 16. Januar (Eig. Drahtb.)

Die bevorstehende Reichsgründungsfeier wird vom Stahlhelm Kreisgruppe Grafschaft Glatz zu einer üblen Hetze gegen Polen und die Tschechoslowakei benutzt. Ein Aufruf "Polen hüte dich!", unterzeichnet von einem Grafen von Zeil, Hausdorf, klebte am Freitag an allen Anschlagtafeln von Neurode. In

ihm heisst es, dass die Reichseinheit durch Polen gefährdet sei, das gierig und lüstern seine Hände nach weiteren Stammlanden ausstrecke. Ungenügend und schwächlich sei, was die Reichsregierung bisher gegen Polens Anmassung und Brutalität unternommen habe. Die alten Frontsoldaten und ihr junger Ersatz geloben "in höchster Erbitterung" Treue dem Osten, und wollen die Grafschaft gegen die tschechische und die Grenzen des Reichs gegen polnische Raubgier schützen.

SPD. Am Freitag trat im Reichstag der Untersuchungsausschuss zur Nachprüfung der in den letzten Monaten durchgeführten Stützung der Getreidepreise zusammen. Einem Antrag, je einen Generalsachverständigen für den Handel und die Landwirtschaft regelmässig an den Sitzungen des Ausschusses teilnehmen zu lassen, wurde widersprochen. Beschlossen wurde, je nach Bedarf Sachverständige zu berufen. Der Ausschuss nahm dann ausführliche Berichte des Reichsernährungsministers und des als Kommissar für den Ausschuss bestellten Reichskommissars Dr. Baade entgegen.

Die Aussprache über die beiden Berichte wird am 2. Februar stattfinden. Bis dahin sollen die von den einzelnen Fraktionsvertretern geforderten Materialien und Unterlagen beschafft werden.

SPD. Paris, 16. Januar (Eig. Drahtb.)

In der Kammer richtete der kommunistische Abg. Doriot an die Regierung die Anfrage, ob ihr die Existenz einer geheimen Militärorganisation der weissrussischen Emigrantenverbände in Frankreich bekannt sei. In einem der russischen Emigrantenblätter habe kürzlich General Miller, der nach dem spurlosen Verschwinden des Generals Kutiepoff zum Oberbefehlshaber der weissrussischen Organisationen ernannt worden ist, einen Artikel veröffentlicht, in dem es geheissen habe, dass die "russische Militärakademie" in Paris Zehntausende junger Russen zu Offizieren ausgebildet habe. Ähnliche Akademien bestünden auch in anderen europäischen Hauptstädten. Die Gesamtstärke des weissrussischen Heeres habe General Miller mit über 100 000 Mann angegeben.

Doriot verlangt von der Regierung, dass sie alle weissrussischen Organisationen in Frankreich auflöst und die Mitglieder der Militärakademie sofort aus Frankreich ausweist.

SPD. Wernigerode, 16. Januar (Eig. Dr.)

Als Reichsbannerleute am Donnerstag abend eine Naziversammlung besuchen wollten, in der der Naziminister Franzen sprechen wollte ohne jedoch zu erscheinen, wurden sie am Eingang des Saales mit Stühlen beworfen und zum Teil mit Stuhlbeinen niedergeschlagen. Mehrere Reichsbannerleute wurden verletzt. Die Polizei sperrte schliesslich das Lokal. Während der Versammlung wurde aus dem Saal heraus mit Biergläsern auf die im Garten wartenden Personen geworfen. Die Polizei löste dann die Versammlung auf, liess aber keinen Versammlungsbesucher aus dem Saal heraus. Unterdessen hatten sich vor dem Lokal etwa 1000 Reichsbannerleute angesammelt. Nur ihrer Disziplin ist es zu verdanken, dass es zu weiteren Zusammenstössen nicht gekommen ist.

Die Haupträdelsführer der Nazis sind bereits polizeilich festgestellt.

SPD. Genf, 16. Januar (Eig. Drahtb.)

Am Freitag-Vormittag eröffnete der französische Aussenminister Briand die Tagung des Studienausschusses für europäische Einigung. Entgegen den früheren Dispositionen war die Sitzung sofort öffentlich, wie man hört, hauptsächlich durch die Weigerung Colijns, sein Wirtschaftsreferat nur vor den Staatsmännern zu halten.

Briand begrüßte die Konferenz mit dem Wunsche, dass das neue Jahr den Völkern mehr Glück bringen möge, als das vergangene. 27 Staaten hätten sich in Genf vereinigt zu einem Werk der Hilfe. Niemals in der Geschichte seit Kriegsschluss sei der grosse Versuch so günstig unternommen worden, die wirtschaftlichen Schäden und die Unordnung Europas zu heilen. Alle seien entschlossen, die Probleme wirkungsvoll anzupacken. Die Völker erwarteten jetzt mehr als nur Veröffentlichungen und Erklärungen. Das Werk der praktischen Organisation Europas schliesse jeden Egoismus aus. Ohne sich von den wirklichen Möglichkeiten zu entfernen, müsse die Kommission den Weg mit Zuversicht beschreiten. Frankreich schliesse sich ganz den gemachten Vorschlägen an. Heute liege der Bericht des Generalsekretärs vor als Grundlage der Arbeit. Ausserdem seien Anregungen der Regierungen vorhanden. Auch das Memorandum des Direktors des Internationalen Arbeitsamtes sei sehr interessant und müsse beachtet werden. Die Konferenz werde am besten aus der Aussprache ihre Methoden der Arbeit ableiten. Heute schon könne beschlossen werden, dass Herr Colijn der Konferenz einen Ueberblick über die Wirtschaftsfragen geben werde, ebenso sei der Bericht über die Agrar-Kredite unbedingt zur Verhandlung reif.

Ueberraschend selbst für die deutsche Delegation meldete sich als erster Redner der deutsche Reichsaussenminister Curtius. Er betonte, es könne seine Aufgabe nicht sein, Briand's schöne Friedenserklärung zu ergänzen. Die Anschauung der deutschen Reichsregierung sei in den Antworten auf die Europa-Fragen festgelegt. Die Stellungnahme der deutschen Regierung habe sich nicht geändert. Sie erstrebe eine wahre Friedenspolitik und erwarte einen gerechten Ausgleich auf dem Boden voller Gleichberechtigung. Herr Briand habe die Wirtschaftskrise in den Vordergrund gestellt; gerade Deutschland leide ungeheuer unter dieser Krise. Man brauche nur an die 4,3 Millionen Arbeitslose und die schwere Kapitalkrise in Deutschland zu denken, um zu wissen, dass für Deutschland die Lösung der Wirtschaftskrise eine Existenzfrage sei. Daher sei er auch einverstanden, mit den Wirtschaftsfragen die Beratungen zu beginnen und über den Agrarkredit ebenfalls bald zu verhandeln. Herr Colijn solle möglichst sofort sein Referat halten. Der Hauptzweck seiner Ausführungen sei aber, einige Bemerkungen über den Aufgabenkreis der diesmaligen Tagung zu machen. Von der Vollversammlung habe der Studienausschuss den Auftrag, das ganze Programm für die europäische Einigung auszuarbeiten. Es seien einige Punkte bis zu der jetzigen Tagung verschoben worden, so die Frage der Organisation des Sekretariats und die Zuziehung von Nichtmitgliederstaaten des Völkerbundes. An diesen Fragen dürfe unter keinen Umständen vorbeigegangen werden, genau so wenig an den wichtigen Anregungen der dänischen Regierung. Er bitte dringend um Mitteilung, wann diese Fragen behandelt würden. Sie müssten unbedingt während der gegenwärtigen Tagung erledigt werden.

Briand antwortete sehr höflich, dass natürlich alle Anregungen in dieser Tagung behandelt würden. Bezüglich der Einladung an Nichtmitglieder tauchte die Frage auf, zu welchem nützlichen Zeitpunkt sie einzuladen seien, ob bei der Beratung der Organisation oder erst nach Festlegung der europäischen Organisation. Zuerst aber müsse die Wirtschaftsfrage und der Agrarkredit behandelt werden. Es liege an der Kommission, sofort über diese Methode zu entscheiden.

Der italienische Aussenminister Grandi zeigte die Vorbedingungen auf, die nach Meinung der italienischen Regierung für eine wirkliche europäische Einigung gegeben seien: 1) die Gleichheit aller Staaten in politischer und juristischer Beziehung; 2) die gleiche Abrüstung für alle Staaten; 3) die Teilnahme aller in Europa gelegenen Staaten; 4) die Erörterung aller konkre-

ten Probleme. Besonders eindringlich bestand Grandi auf die sofortige Hinzu-
ziehung Russlands und der Türkei. -

Der englische Aussenminister Henderson schlug dann vor, eine Geschäfts-
ordnungskommission für die weiteren Verhandlungen zu bilden. Dem wurde ent-
sprochen. Ihr gehören u.a. Henderson als Vorsitzender und Curtius an.

In der Nachmittagssitzung gab Colijn einen scharf gehaltenen Ueberblick
über die bisherige wirtschaftliche Arbeit in Europa. Er zählte auf, dass alle
Konferenzen nur zu einem Misserfolg geführt hätten. Es sei zwecklos, die Wahr-
heit darüber verschleiern zu wollen. Nach vierjähriger harter Arbeit sei die
Situation schlechter als 1927, ja man ginge ständig rückwärts. Daher hätten
die Völker jedes Vertrauen in die wirtschaftliche Arbeit des Völkerbundes ver-
loren. Zu dieser Gefahr komme noch die andere, dass die wenigen massigenden
Kräfte, die sich dem Protektionismus noch entgegenstimmten, am Ende ihrer
Kraft seien. Verschwänden auch sie, dann sei Europa den zügellosen Absichten
der Gruppen oder Parteien ausgeliefert, die sie aus Sonderinteressen oder Wahl
bedürfnis durchführten, ohne sich im mindesten Sorgen über die internationalen
Rückwirkungen zu machen. Ziel einer vernünftigen europäischen Wirtschaftspoli-
tik sei die Schaffung eines grossen Marktes unter Ausgleich aller Interessen.
Da es bis dahin noch sehr weit sei, könne ein Teil der Gefahren gebannt wer-
den durch einen wirklichen Zollwaffenstillstand, der sofort in Kraft gesetzt
werden müsse, dann durch erfolgreiche Verhandlungen, die jetzt zwischen je
zwei Parteien eingeleitet seien. Colijn schloss, indem er der Ueberzeugung
Ausdruck gab, dass man noch Erfolg haben könne, wenn die Konferenz den Villen
habe, ohne Zögern zu handeln.

Henderson schlug vor, die Diskussion auf Sonnabend zu vertagen, um den
Delegierten die Möglichkeit zu geben, den wichtigen Bericht genau studieren
und sich darüber mit ihren Regierungen verständigen zu können. Die Konferenz
beschloss dementsprechend.

SPD. Im Haushaltsausschuss des Reichstags kam es am Freitag zu einem
Krach.

Als der Nationalsozialist Dr. Albrecht sich in beleidigenden Ausdrücken
gegen andersgesinnte Abgeordnete erging, griff der Vorsitzende ein und ersuch-
te den Redner sachlich zu bleiben, grosse Parteien nicht zu beleidigen und
nicht persönlich verletzend zu sein wie gegenüber dem Abg. Müller-Franken. So
stürmische Verhandlungen im Ausschuss im Laufe der Jahre auch schon gepflogen
worden seien, so habe er doch noch niemals notwendig gehabt, von Ordnungs-
massnahmen Gebrauch zu machen. Wenn die Mitglieder der Nationalsozialistischen
Partei indessen beabsichtigten, in der von dem Abg. Albrecht angeschlagenen
Tonart weiter zu verhandeln, so würde er ungern aber rücksichtslos alle ihm
zustehenden Abwehrmassnahmen zur Anwendung bringen. Für diejenigen Mitglie-
der, die die Geschäftsordnung nicht genau kennen, bemerke er, dass alle dem
Präsidenten für die Verhandlungen im Plenum zustehenden Befugnisse sinngemäss
dem Ausschussvorsitzenden für die Ausschussberatungen zustehen.

Der nationalsozialistische Redner trat sofort einen Rückzug an, indem
er ausführte, er und seine Freunde seien die Art, wie sie sprechen, von ihren
Volksversammlungen her gewohnt, aber sie würden sich schon noch abschleifen.
Albrecht hielt dann eine einstündige sachliche Rede.

SPD. Paris, 16. Januar (Eig. Drahtb.)

Der amerikanische Südpolbezwinger Wilkins hat den in Rouen lebenden En-
kel des berühmten Jules Vernes, der heute 77 Jahre zählt, zur Teilnahme an
einer phantastischen Südpolfahrt, die in einem U-Boot vor sich gehen soll, auf-
gefordert. Jean Jules Vernes hat das Angebot angenommen und wird sich in eini-

gen Wochen nach Philadelphia einschiffen, um an der Taufe des Südpol-U-Bootes, das den Namen "Nautilus" erhalten wird, teilzunehmen.

Der "Nautilus", der die Südpolfahrt nach der Romanphantasie Jules Vernes "20 000 Meilen unter dem Meeresspiegel" durchführen soll, ist mit Spezialmaschinen ausgestattet, die es ihm ermöglichen sollen, den Gefahren des Polareises zu trotzen. Besondere Bohrmaschinen sind imstande, mehrere Meter dicke Eisblöcke in kürzester Zeit zu durchlochen. Obwohl der "Nautilus" sich 250 Kilometer unter dem Wasser zu halten vermag, wird das Boot in Etappen von je 30 Kilometern an die Oberfläche steigen, um die Luftreservoirs zu sättigen. Das Boot wird ausser Wilkins und Jean Jules Vernes eine Besatzung von 18 Mann aufnehmen. Wilkins beabsichtigt, soweit als nur möglich unter Wasser an den Südpol heranzudringen und erst dann an die Oberfläche zu steigen, wenn auf festem Boden das Ziel erreicht werden kann. Der Start des "Nautilus" nach dem Südpol soll Ende April erfolgen.

SPD. München, 16. Januar (Eig. Drahtb.)

Am Sonntag tritt in München der Landesausschuss der Bayerischen Volkspartei zu Beratungen von, wie sie offiziell mitteilen lässt, "grösster Bedeutung" zusammen.

Im Dezember vorigen Jahres hat die Bayerische Volkspartei sowohl im Reichstag wie auf ihrem Parteitag politische und parlamentarische Schritte gegen die Regierung Brüning angekündigt für den Fall, dass das Steuervereinheitlichungsgesetz nicht aus der Notverordnung des 1. Dezember herausgenommen werde. Sie ist der Auffassung, dass die Durchführung dieses Gesetzes die verfassungsrechtliche Struktur des Reiches ändere und die staatliche Existenz der Länder völlig untergrabe, da es ausserdem in verfassungswidriger Weise in die Notverordnung eingefügt sei und nicht das geringste mit den grossen politischen Aufgaben der gegenwärtigen Regierung zu tun habe. Am Sonntag soll nun zu dieser Frage Stellung genommen werden. Die offiziöse Parteikorrespondenz misst der Tagung die grösste Bedeutung bei, da sie die künftige Haltung der Partei zur Reichspolitik und zur Regierung Brüning festlegen und die Konsequenzen zu beschliessen habe, die sich aus dem Verbleiben des Steuervereinheitlichungsgesetzes in der Notverordnung für die Bayerische Volkspartei ergeben.

SPD. Im Hauptausschuss des Preussischen Landtags gab am Freitag im Rahmen der Vorberatung des Wohlfahrtshaushaltes beim Abschnitt über Wohnungs- und Siedlungswesen der Wohlfahrtsminister Dr. Hirtsiefer ein Bild über die Entwicklung des Wohnungsneubaues in Preussen. Er führte u. a. aus:

Im Jahre 1929 sind an Wohnungen neu geschaffen worden rund 200 000 gegen 192 000 im Jahre 1928. Die Zahl der durch Umbau neu geschaffenen Wohnungen beträgt rund 11 000, während durch Abbruch, Brand usw. rund 13 000 Wohnungen in Fortfall gekommen sind. Der Reinzugang an Wohnungen im Jahre 1929 stellt sich also auf rund 198 000 gegen rund 190 000 im Jahre 1928. Im Jahre 1929 waren von den neu erbauten Wohnhäusern 79,4 v.H. Kleinhäuser mit ein bis zwei Wohngeschossen und höchstens vier Wohnungen. Von den im Jahre 1929 neu geschaffenen Wohnungen wurden erstellt von privaten Bauherren 53,6 v.H., von gemeinnützigen Gesellschaften 38,0 v.H., von öffentlichen Körperschaften und Behörden 8,3 v.H. Auch für 1930 liegen die Ergebnisse verhältnismässig günstig. Es sind fertiggestellt im Jahre 1930 rund 193 000 Neuwohnungen, davon 138 000 mit Hauszinssteuerhypotheken, 18 000 mit Hilfe anderer öffentlicher Mittel und 37 000 ohne öffentliche Mittel. Die Zahlen stellen sich auf rund 7 000 weniger als im Vorjahr. Erfreulich ist auch die Feststellung, dass am 31. Dezember 1930 noch rund 95 000 unvollendete Wohnungsneubauten vorhanden waren.

Zu berücksichtigen ist, dass in dem sogenannten Uebergang in das Jahr 1930 rund 15 000 in der Ausführung begriffene Wohnungen enthalten sind, die mit Mitteln des Reichswohnungsnotprogramms 1930 gefördert worden sind. Diese Sonderhilfe des Reiches hat Preussen zu etwas mehr als 17 000 neuen Wohnungen verholfen.

Für das Jahr 1931 ist die Lage völlig verändert. Der Finanzminister rechnet mit einem Hauszinssteuerertrage von noch rund 900 Millionen, von denen 3 % auf Grund der Notverordnung des Reichspräsidenten abzusetzen sind. Es werden für den Wohnungsbau zur Verfügung stehen 436,5 Millionen, wovon aber für die Realsteuersenkung ein Drittel im Betrage von 145,5 Millionen abzusetzen ist, so dass 291 Millionen verbleiben. Für Inflationsbauten treten hinzu an Sonderhauszinssteuern 5 Millionen, sodass sich ein Betrag von 296 Millionen ergibt. Da ein Betrag von 86 Millionen für Instandsetzung des Altwohnraums, Leistung von Zinsverpflichtungen usw. in Wegfall kommt, so verbleibt für die Neuerstellung von Wohnungen ein Betrag von voraussichtlich etwa 210 Millionen. Mit diesen Mitteln könnten 64 000 Wohnungen mit Hauszinssteuerhypotheken gefördert werden gegenüber 136 000 im Jahre 1930. Die Reichsregierung wünscht, um den Rückgang zu mildern, die Einsetzung von Zinszuschüssen aus der öffentlichen Hand. Rechnet man zu den genannten 64 000 Wohnungen 20 000 Wohnungen hinzu, die mit Hilfe besonderer öffentlicher Mittel (Landarbeiterwohnungen, Werkwohnungen usw.) gebaut sind, so würden gefördert sein 84 000 Wohnungen, während nach dem Reichsprogramm in Preussen 130 000 Wohnungen zu fördern sind. Die Differenzzahl von 46 000 Wohnungen müsste mit Hilfe von Zinszuschüssen erbracht werden. Dazu ist notwendig Kapital vom freien Geldmarkt sowie öffentliche Mittel für Zinszuschüsse. Das Kapital vom freien Geldmarkt wird mit 150 Millionen veranschlagt. Ob eine solche Summe nötig ist, lässt sich allerdings noch nicht übersehen. Die Mittel für Zinszuschüsse würden voraussichtlich zum grössten Teil in den Zinsrückflüssen von Staat und Gemeinde aus früher ausgegebenen Hauszinssteuerhypotheken, soweit hier nicht bereits verfügt worden ist, vorhanden sein. Man muss aber auch hier die Entwicklung des Kapitalmarktes abwarten. Gesichert erscheinen zunächst ausser den angegebenen 64 000 und den genannten 20 000 Wohnungen noch 35 000 Wohnungen, die voraussichtlich wie in den letzten Jahren ohne öffentliche Hilfe errichtet werden. Es kommen also voraussichtlich rund 120 000 Neubauwohnungen in Frage.

SPD. Budapest, 16. Januar (Eig. Drahtb.)

Ernst Garami hat dem Vorstand der Sozialdemokratischen Partei inzwischen mitgeteilt, dass er zu seinem Bedauern nicht mehr in der Lage sei, seinen Sitzungen beizuwohnen. Die Behauptungen bürgerlicher Blätter, dass Garami Budapest verlassen wolle, entsprechen nicht den Tatsachen.

SPD. Paris, 16. Januar (Eig. Drahtb.)

Unter dem Vorsitz des republikanischen Abg. Planché hat sich in Frankreich eine Liga der pazifistischen Kriegsteilnehmer gebildet, die mit einer recht entschiedenen Programmerkklärung an die Öffentlichkeit tritt. Man dürfe, so heisst es darin, sich nicht mehr mit schönen Worten und Friedensversicherungen begnügen, sondern man müsse den Chauvinismus mit allen Mitteln bekämpfen. Vor allem müsse die strafrechtliche Verfolgung der Verbreitung jeder falschen Nachricht oder die missbräuchliche Ausbeutung kleiner Zwischenfälle gefordert werden. "Genug der leeren Worte und tendenziösen Ent-

stellungen," so wird in dem Aufruf wörtlich gesagt. Alle ehemaligen Kriegsteilnehmer, die die Schrecken des Krieges aus eigener Erfahrung kennen würden und seine Wiederkehr verhindern wollten, hätten die Pflicht, an dem Werk der Reinigung der internationalen Atmosphäre mitzuarbeiten.

SPD. Budapest, 16. Januar (Eig. Drahtb.)

Das oberste Honved-Gericht verurteilte am Freitag den aktiven Hauptmann Pinter wegen Mordes zur Ausstossung aus der Armee und zum Tode durch den Strang. In erster Instanz war Pinter wegen Totschlags zu zehn Jahren schweren Kerkers verurteilt worden. Hauptmann Pinter hatte seinen Kameraden Major Kiss, der die von Pinter geschiedene Frau heiraten wollte, niedergeschossen und dann einen Selbstmordversuch unternommen.

SPD. Bremen, 16. Januar (Eig. Drahtb.)

Die neugewählte Bremer Bürgerschaft trat am Freitag zu ihrer konstituierenden Sitzung zusammen. In der Stichwahl wurde der Nationalsozialist Bernhard mit den Stimmen der Deutschnationalen, der Wirtschaftspartei, der Deutschen Volkspartei und seiner Parteifreunde gegen den Kandidaten der Sozialdemokratie zum Präsidenten gewählt. Dieser Ausgang der Wahl wurde nur dadurch möglich, dass die Kommunisten auch in der Stichwahl für ihren völlig aussichtslosen Kandidaten stimmten.

Am Schluss der Sitzung brachten die Nationalsozialisten gegen den zur Zeit amtierenden, aus Sozialdemokraten, Demokraten und Volksparteilern bestehenden Senat ein Misstrauensvotum ein. Ueber diesen Antrag wird in der nächsten Sitzung abgestimmt.

SPD. Bombay, 16. Januar (Eig. Drahtb.)

Der vom allindischen Kongress für Freitag ausgerufene Trauertag für die vier hingerichteten Inder und die Abwehrmassnahmen der Regierung haben zu den befürchteten grossen Unruhen geführt. Es war der heisseste und schwärzeste Tag in der Geschichte des allindischen Kampfes.

Kaum hatte der Morgen gedämmt, als im Bombay bereits die ersten Demonstrationen begannen und damit die ersten Auseinandersetzungen mit der Polizei. Die gesamten Bombayer Polizeistreitkräfte, über 5 000 berittene und unberittene Schutzleute, waren auf den Strassen und Plätzen versammelt, um die Massen zu zerstreuen. Bis zum Mittag wurden bereits über 100 Einzelgefechte gezählt, mehr als 100 Personen schwer verletzt in die Krankenhäuser gebracht und viele Hunderte von Demonstranten durch Stockschläge leicht verwundet. Ferner wurden Hunderte von Personen verhaftet, die Strassenbahnen aufhielten oder Steinbombardements eröffneten oder die Eingänge zu den Schulen, Ämtern und Gerichten versperrten. Die Mehrzahl der Geschäfte und Fabriken war geschlossen. Etwa 100 000 Arbeiter hatten sich an den Umzügen und Versammlungen auf den öffentlichen Plätzen beteiligt. An einer besonders gefährlichen Stelle machte die Polizei von der Schusswaffe Gebrauch und verletzte zwei Demonstranten. Die Demonstrationen und Kämpfe dauerten bis in die Nacht. Ihr genauer Umfang, die Zahl der Ereignisse, der Verwundeten und Verhafteten war noch nicht festzustellen. Unter den in das Gefängnis eingelieferten Personen befinden sich sämtliche Mitglieder des verbotenen allindischen Kriegskomitees.

SPD. Der aus der Wirtschaftspartei ausgetretene Reichstagsabgeordnete Colosser erklärte gegenüber einem Vertreter des "Soz. Pressedienst", dass die Bewegung gegen den Parteivorsitzenden der Wirtschaftspartei Drewitz weiter in Fluss sei. Schon in den nächsten Tagen würden sich aller Voraussicht nach eine Reihe von Wahlkreisen mit ihm solidarisch erklären.

SPD. London, 16. Januar (Eig. Drahtb.)

Die Regierung hat am Freitag das dem Parlament vorzulegende Wahlreformgesetz veröffentlicht, das eine Kompromissgabe für die liberale Partei darstellt. Das neue Gesetz enthält folgende Hauptpunkte: 1. Alternativwahlrecht, 2. Aufhebung der Sonder-Parlamentssitze für die Universitäten, 3. Beseitigung der bestehenden Doppelstimmen, 4. eine Höchstgrenze der zur Wahlpropaganda auszugebenden Gelder und 5. Einschränkung der Wahlhilfe und des Schlepperdienstes durch Fahrzeuge. Das Alternativwahlssystem gibt jedem Wähler das Recht, auf seinem Stimmzettel neben einem Kandidaten noch einen zweiten anzukreiden, dem gegebenenfalls die Stimme zufallen soll.

SPD. Wien, 16. Januar (Eig. Drahtb.)

Mitte Januar haben in Wien 112 290 Arbeitslose Unterstützung bezogen. Das sind 6 335 mehr als zu Beginn des Monats und 21 392 mehr als zur gleichen Zeit des Vorjahres. Besonders gross ist die Arbeitslosigkeit in der Wiener Metallindustrie, wo zum erstenmal über 20 000 Arbeiter ohne Arbeit sind. Die Steigerung in der ersten Januarhälfte ist geringer als im Vorjahre.

SPD. London, 16. Januar (Eig. Drahtb.)

Zu der am Montag tagenden grossen Plenarsitzung der englisch-indischen Konferenz ist von dem geschäftsführenden Ausschuss eine Entschliessung vorgelegt worden, in der der in den Kommissionen ausgearbeitete Verfassungsentwurf für Indien grundsätzlich und in seinen Hauptpunkten als geeignete Grundlage für die künftige Selbstverwaltung Indiens begrüsst und bejaht wird.

SPD. Das Reichswirtschaftsministerium teilt mit :

Die Reichsregierung hat zur Förderung des weiteren Preisabbaus eine Verordnung über Preisbindungen bei Markenartikeln erlassen. Als Markenartikel gelten nach der Verordnung solche Waren, die entweder selbst oder deren Umhüllung oder Ausstattung mit einem ihre Herkunft kennzeichnenden Merkmal (Firma, Wort- oder Bildzeichen u.ä.) versehen sind. Der Verkehr mit diesen Waren fällt aber nur dann unter die Verordnung, wenn der Lieferer dem Abnehmer durch Verpflichtungsschein (Reserve), durch den Inhalt seiner Geschäftsbedingungen oder auf andere Weise verpflichtet hat, die Ware nur zu einem bestimmten Preise an den Verbraucher weiter zu veräussern. Diese Preisbindungen sollen nach dem Inhalt der Verordnung dann hinfällig sein, wenn der festgesetzte Preis gegenüber dem am 1. Juli 1930 geltenden Verbraucherpreise nicht um mindestens 10 v.H. ermässigt ist. Soweit eine solche Preissenkung bisher noch nicht erfolgt ist, werden also die an dem Verkehr mit Markenwaren beteiligten Wirtschaftskreise - Erzeuger, Grosshändler und Einzelhändler - bestrebt sein müssen, sich binnen kürzester Zeit zur Vermeidung des Verlustes des Rechtsschutzes im gegenseitigen Zusammenwirken über den geforderten Preisabbau zu verständigen. Nach der Meinung der Regierung soll es in der Regel

vermieden werden, dass die Senkung des Verbraucherpreises ausschliesslich zu Lasten einer der beteiligten Wirtschaftsstufen erfolgt. Einer Preisermässigung würde es gleich zu achten sein, wenn unter Beibehaltung des am 1. Juli 1930 geltenden Nominalpreises eine entsprechend grössere Menge der Waren geliefert wird. Dagegen würde eine Senkung des Nominalpreises unter gleichzeitiger Verschlechterung der Qualität oder Verringerung der Menge nicht als eine Preis-senkung im Sinne der Verordnung gelten können. Solche Markenwaren, die am 1. Juli 1930 überhaupt noch nicht gehandelt wurden, fallen nicht unter die Verordnung.

Das Anwendungsgebiet der Verordnung ist sachlich auf preisgebundene Markenartikel bestimmter wichtiger Warenggebiete beschränkt. Diese sind, soweit Lebensmittel in Betracht kommen, in der Verordnung ausdrücklich genannt, zum andern werden sie in einer gleichzeitig mit der Verordnung ergehenden Bekanntmachung gruppenweise aufgeführt. Um eine möglichst fühlbare Preis-senkung mit alsbaldiger Wirkung zu erreichen, sieht die Verordnung von einer individualisierenden Regelung ab und trifft allgemeine Vorschriften. Zur Ab-wendung unvorhergesehener erheblicher wirtschaftlicher Nachteile ist eine al-lerdings sehr eng gezogene Härtebestimmung aufgenommen. Andererseits bleibt in solchen Fällen, in denen eine Senkung des Preises um 10 % noch nicht für ausreichend zu erachten ist, die Möglichkeit offen, auf Grund der Vor-schriften des 5. Abschnittes der Notverordnung vom 26. Juli 1930 weitergehende Massnahmen zu ergreifen.

(Schluss des politischen Teils. - Auf Wiederhören

Sonnabend-Vormittag 7 Uhr auf Welle 2850)

Aus aller Welt

"Mördersuche im Windsor-Park".

Die Geschichte von Winni und ihrem Kanonier.

SPD. London, Mitte Januar (Eig. Ber.)

Warum soll der vergnügte Schluss immer nur das Ende eines amerikanischen Films sein? Auch die Geschehnisse der Wirklichkeit haben bisweilen ein happy end. Oder wenn, wie jetzt in London, ein Mord kein Mord ist - ist das vielleicht kein happy end? Gestalten des "Films": Die 19jährige Winifred Parrant, ein Dienstmädchen aus Sandhurst. Der Soldat und Kanonier Jenkins. Ein Detektiv, die Verwandten, die Polizei, Hunde, die Zeitungen und viel Volk.

Die Entführung auf dem Motorrad.

Die schöne Wini hat einen Stiefvater, mit dem nicht gut Kirschen essen ist. Sie hält es deshalb zu Hause nicht aus und geht in Stellung. Hin und wieder kommt sie zurück, doch nur für kurze Zeit. Bald ist sie wieder verschwunden. Wieder einmal zu Hause, trifft sie den Kanonier Jenkins auf der Strasse, Liebe auf den ersten Blick, Jenkins entführt die Braut auf dem Motorrad, unterwegs bricht die Achse, es wird Nacht, Wini getraut sich nicht zurück und bleibt verschwunden.

Achtzehn Monate später: Balkenüberschriften in sämtlichen Zeitungen Londons: "Mördersuche im Windsor-Park". Und es geht los, fünf Tage lang, morgens, mittags und abends: spaltenlange Berichte über den Mord an Wini Parrant. Spezialinterviews mit den armen Eltern, dem vor Gram alt und grau gewordenen lieben Stiefvater; Spezialinterview mit der Schwester, die den letzten Brief der Ermordeten erhalten hat; mit dem Tanzmeister, dessen beste und schönste Schülerin sie gewesen ist und um die sich die jungen Männer gerissen haben. "Neues Licht in das Leben und über die grauenhafte Tat", sagt der Sonderberichterstatter einer Zeitung, "gibt ausschliesslich unserm Blatte Herr Evans, der Miss Parrant gut gekannt hat und def sie als ein lustiges hübsches und lebensfrohes Mädchen schildert, das..." Die Polizei verbreitet die Personalien der Toten durch das Radio: "...marineblaue Bluse, fleischfarbene Strümpfe...besondere Kennzeichen: auffallend schöne weisse Zähne!" In ganz England wird gesucht, denn England ist nicht umsonst das Land des Kriminalromanes und in jedem Engländer steckt nicht vergebens ein Sherlock Holmes.

Ein Damenhut und ein Irrtum.

Dritter Akt! "Das Verbrechen an Winifred Parrant vor der Aufklärung!" Ein Detektiv hat im Park von Windsor einen Damenhut und ein Paket Kleider gefunden. Aehnlich wie in der Bibel Erzvater Jakob, so erkennt jetzt der Stiefvater die Ueberreste seiner armen ermordeten und seit 18 Monaten verschwundenen Wini. Sie muss im Park von Windsor verscharrt sein. Ein Soldat hat der Polizei etwas ins Ohr geflüstert... Kanonier Jenkins, ebenfalls verschwunden, Brief... Die Polizei gräbt den Rasen des Windsorparks um und um. Es wird sogar nachts bei Scheinwerfern gearbeitet, Bilder von der Mordsuche in allen Blättern Londons! Die Kriminalabteilung des Polizeipräsidiums erbittet militärische Schaufelhilfe, denn seit drei Tagen und Nächten wird gegraben, der Boden ist steinhart gefroren, die Polizeihunde riechen schlecht, die Zeitungen und das Publikum drängen fieberhaft und so gross der Ehrgeiz der Beamten sein mag, der Park von Windsor ist viel, viel grösser.

Vierter Akt und happy end: Grossaufnahme von Wini in einem Sonntagsblatt, das Miss Parrant entdeckt hat. Was keinen Verwandten, keiner Polizei, keinem

Militär, keinem Radio, keinem Detektiv, keinem Hund und ganz England nicht gelungen ist - ein kleiner Reporter hat es fertig gebracht: Wini ist gefunden und dazu lebend, kerngesund!

Von Blut keine Spur...

Wini war nicht ermordet und nicht verscharrt worden. Ihr Kanonier hat sie seinerzeit von der Strasse weg zum Standesamt geführt, hat sie geheiratet, hat seinen Dienst beim Militär quittiert, hat sich mit seiner angebeteten Frau bei seinen Eltern in London einquartiert, hat mit ihr im August 1930 eine Johanna Doris Winifred Jenkins gezeugt, sie leben glücklich und in Freuden mitten in London, und nur die Krankheit des Kindes und die Entdeckung durch den Stiefvater wirft schwarze Schatten über das junge Paar und die Verwandtschaft.

Aus dem Windsorpark sind die Mannschaften zurückgezogen worden, es wird nicht mehr gegraben und nicht mehr geschaufelt, und die Polizei lässt verlautbaren; "Das Verfahren in der Sache Parrant ist eingestellt!" Ganz England lacht. Der Reporter der Sonntagszeitung reibt sich die Hände. Er wird Gehaltserhöhung bekommen haben.

A.

+ + +
Gerüsteinsturz beim Wolkenkratzerbau. In New York beobachtete eine riesige Menschenmenge mit Schrecken, wie der Oberteil eines 7 Stockwerke hohen Gerüsts zusammenbrach und ein Arbeiter zusammen mit den Bretterteilen auf die Strasse stürzt. Einem anderen Arbeiter, der sich ebenfalls auf dem obersten Teil des Gerüsts befand, gelang es, rechtzeitig das Kabel einer elektrischen Leitung zu ergreifen und sich an dieses solange anzuklammern, bis die Feuerwehr ihn aus seiner gefährlichen Lage befreite.

+ + +
D'Annunzio bestellt sein Mausoleum... D'Annunzio sieht mit derselben Pose dem Tode entgegen, mit der er bisher sein Leben der Menschheit vorzudemonstrieren pflegte. Der italienische Dichter, der sehr leidend ist, bringt seine Tage zwar auf seinem fürstlichen Besitz am Garda-See, hier aber in einer klösterlichen Franziskanerzelle zu und schreibt nicht mehr Romane, Kriegsaufzüge oder Manifeste für den Faschismus, sondern nur noch - Gebete. Begraben werden will D'Annunzio in einem eigenen Mausoleum auf eigenem Grund und Boden. D'Annunzios Lieblingsbildhauer Renato Brozzi erhielt bereits einen entsprechenden Bauauftrag.

+ + + Fememord am Fememörder?

Das Geheimnis um den Tod des Feldwebel Fahlbusch.

SPD. Fahlbusch-, der dritte im mörderischen Trio der Feme-Fangschuss-spezialisten ist unter höchst mysteriösen Umständen in einem Motorboot bei Bremen tot aufgefunden worden. Büsching und Klapproth heissen die prominenten Komplizen des jetzt Geendeten - kein Wunder, dass Klapproth heute im Reichsparteivorstand der NSDAP, der würdigen Partei der Mörder, sitzt. Der Prozess gegen Fahlbusch, der unter besonders niederträchtigen Umständen feige Meuchelmorde an "verdächtigen" Kameraden verübt hat, ist nie zur Verhandlung gekommen. Die Femeamnestie zog den Vorhang über die blutigen Geheimnisse des Mörders, der sich der Vergeltung seiner Untaten durch die Flucht entzogen hatte und schliesslich in Amerika gefasst und ausgeliefert wurde, endgültig zu.

Ein verdächtiges Obduktionsergebnis.

Die sehr verdächtigen Umstände, unter denen Fahlbusch endete, lassen die Frage nach der Todesursache als besonders dringlich erscheinen. Die Freunde Fahlbuschs, die den bärenstarken Fememörder und seine unverwundliche Gesundheit; die die tollsten Saufgelage spielend und ohne den geringsten Katzenjammer überstand, kennen, waren von Anfang an überzeugt, dass der erst 38jährige Mann keines natürlichen Todes gestorben sei. Die Obduktion, die jetzt stattgefunden

hat, stellt den Tod durch Vergiftung fest. Angeblich soll Fahlbusch durch Kohlenoxydgase betäubt und getötet worden sein.

"Kameraden"!

Aber es sind noch andere Dinge, die untersucht werden müssen. Ist es nicht wahr, dass Fahlbusch in den letzten Wochen und Monaten in immer grössere Geldverlegenheit geriet, dass er sich oft an seine völkischen Freunde mit der Bitte um Geld und Arbeit gewandt hat, und dass sie ihm stets die kalte Schulter gezeigt haben? Ist es nicht wahr, dass Fahlbusch, der sehr viel wusste und hinter dessen breitem stumpfem Kopf mit den mordlistigen Augen noch manches ungeklärte blutige Geheimnis schlummerte, schon seit Wochen verbittert und missgestimmt seinen einstigen Freunden, von denen er viel, allzu viel wusste, heftige Vorwürfe gemacht hat? Ist es fernerhin nicht wahr, dass der Feldwebel Fahlbusch mit dem Oberleutnant Schulz, dem amnestierten Fememörder, der heute prominentes Mitglied der NSDAP ist, in grimmiger Todfeindschaft lebte, weil Fahlbusch während seiner Moabiter Untersuchungshaft den Mörderoberleutnant schwer und eindeutig belastet hatte?

Die letzten Wochen...

Die Beantwortung dieser Fragen führt mit Naturnotwendigkeit auf die Spur, welche Kreise an einem Fememord am Fememörder Fahlbusch ein Interesse haben konnten. Auf dem Gehöft, auf dem Fahlbusch seine letzten Lebenswochen verbrachte, hausen auch der Fememörder Eckermann und der Oberleutnant Fuhrmann, zwei der berühmtesten Gestalten aus dem blutigen Reigen der Femetage. Auch Oberleutnant Schulz soll schon seit längerer Zeit dort wohnen.

Die Leiche im Motorboot.

Besonders geheimnisvoll und unverständlich bleibt die merkwürdige Nachtpartie, die Fahlbusch mit einem Freund, dem Bremer Kaufmann Wedemann nach Tietjenshütte gemacht hat. Zehn Stunden nach diesem Ausflug fand man Fahlbusch tot in der Kabine eines Motorbootes, das Wedemann gehörte. Während der Bremer Kaufmann in der Hütte schlief, verbrachte Fahlbusch den Rest der Nacht gänzlich unmotiviert in der Kabine des Motorboots. Angeblich sollte er es vor Einbrechern bewachen... So gibt wenigstens Wedemann an. Es wird schwer, wahrscheinlich sogar unmöglich sein, die Hintergründe dieser dunklen Affäre zu klären. Nur wenige werden wissen, was in jener Nacht in Wedemanns Motorboot tatsächlich geschah. Nur wenige könnten den Tod des Femefeldwebels Fahlbusch aufklären. Aber diese wenigen werden bestimmt den Mund zu halten wissen, weil über ihrem Leben unentrinnbar das ewige Verhängnis der Mordfeme schwebt.

+ + +

Kirchenaustritt Frenzels. Der Amtsvorsteher Frenzel aus Bornim bei Potsdam ist aus der Kirche ausgetreten. Er begründet seinen Entschluss mit der nach seiner Meinung vorhandenen Mitschuld des evangelischen Oberkirchenrats an dem gegen ihn wegen angeblicher Blutschande ergangenen Zuchthausurteil. Insbesondere steht Frenzel auf dem Standpunkt, dass der Oberkirchenrat gegen Pfarrer Schenk und nicht gegen ihn hätte Stellung nehmen müssen.

+ + +

Wilhelm verleiht Orden. Wilhelm von Doorn kann nicht darauf verzichten, sich lächerlich zu machen. Wie bekannt wird, hat seine exkaiserliche Hoheit dem Rechtsanwalt Bloch, der vor einigen Monaten für Wilhelm in Doorn den Prozess gegen die "Berliner Morgenpost" führte, das Ritterkreuz des königlichen Hausordens von Hohenzollern verliehen. Die Neuigkeit wurde der Welt im "Nachrichtenblatt des Verbandes ehemaliger 46er (Graf Kirchbach-Bund)" kundgetan. Diesem Weltblatt zufolge erhielt "Rittmeister der Landwehr der Kavallerie a.D. Bloch" folgenden Brief aus Doorn: "Als Zeichen meiner dankbaren Anerkennung Ihrer erfolgreichen juristischen Arbeit und Ihrer bewährten treuen Gesinnung in dem Kampf gegen Niedertracht und Tücke verleihe ich Ihnen das Ritterkreuz meines königlichen Hausordens von Hohenzollern. (gez. Wilhelm I.R.)" Ritter des höchsten Herrn. Dass der Halbjude Bloch nur nicht platzt...

+ + +

Elli Beinhorn in Afrika. Auf ihrem Fluge nach Bissao in Portugiesisch-Guinea ist die deutsche Fliegerin Elli Beinhorn, von Sevilla kommend, in Rabat (Nordafrika) gelandet. Die restliche Fluglinie, die längs der afrikanischen Westküste führen wird, hat noch die ungefähre Gesamtlänge von 4 000 Kilometern.

+ + +
Entlarvte Nazihetze. Der politischen Abteilung des Berliner Polizeipräsidiums gelang die Aufklärung von zwei Bluttaten, die von der Berliner Nazipresse zu einer wilden Mordhetze gegen links ausgenutzt wurden. Der eine Fall betrifft die 18jährige Erna Krüger aus Berlin, die mit einem Oberschenkelsschuss schwer verletzt aufgefunden worden war, der andere den angeblichen Kommunistenüberfall auf den 21jährigen Reichswehrobergefreiten Werner Löwe vom neunten Infanterieregiment, der in der Nacht zum 27. Dezember durch einen Oberarmschuss schwer verwundet wurde. Im Falle Krüger hatten die Verletzte und ihr 22jähriger Freund ein Nationalsozialist, Neuberg, der sich zur kritischen Zeit in der Küche der Eltern des Mädchens befand, eine Schilderung abgegeben, nach der Kommunisten das Mädchen verwundet haben sollten. Mehrere Kommunisten, die auf das Mädchen geschossen haben und dann geflohen sein sollen, wurden namentlich verdächtigt. Jetzt hat Neuberg gestanden selbst den Schuss auf das Mädchen abgegeben zu haben. In der Angst vor den gerichtlichen Folgen vereinbarte er mit seiner Freundin in ihren Aussagen vor der Polizei Kommunisten des Überfalls zu bezichtigen. Im Falle Löwe - auch hier behauptete der Verletzte von Kommunisten beschossen worden zu sein - stellte sich heraus, dass Löwe sich in der Absicht der Selbstverstümmelung angeschossen hat, weil er aus der Reichswehr ausscheiden wollte.

+ + +
Der Brandenburger Sittlichkeitsprozess. Der unter Leitung von Landgerichtsrat Dr. Hellwig aus Potsdam stehende Brandenburger Sittlichkeitsprozess gegen den Stadtamtmann Schwarz vollzieht sich zum Teil in etwas lächerlich anmutenden Formen. Um die Wahrheit der Frage, ob Schwarz seine Untergebene, Frau Florian, zu vergewaltigen versucht hat, zu ergründen, werden die seltsamsten Dinge in grösster Ausführlichkeit zur Sprache gebracht; ausserdem sorgen zahlreiche Lokaltermine für Abwechslung. Diskussionsthema der durch zahlreiche Zusammenstösse zwischen den Anwälten ausgeschmückten Freitag=Verhandlung war neben dem Versuch eines Alibibeweises durch den Angeklagten die weltwichtige Frage, ob die Hemdpasse der in ihrer Sittlichkeit angeblich so oft bedrohten Frau Florian beim ersten oder zweiten Liebesangriff des Stadtamtmanne in die Brüche gegangen ist....

+ + +
Noch ein Alsdorf=Opfer! Der seinerzeit bei den Aufräumarbeiten auf der Alsdorf Grube II beschäftigte 36 Jahre alte Bergmann Bender ist am Freitag an den Folgen einer bei der Bergung der Leichen zugezogenen Blutvergiftung verstorben.

+ + +
Zuckerfabrik abgebrannt. Durch ein Grossfeuer eingeäschert wurde das Fabrikgebäude der Zuckerraffinerie Halle. Die Brandursache ist noch nicht bekannt

+ + +
Jägerlos. Auf tragische Weise kam in der Nähe von Trier ein Jäger ums Leben. Als er zwei sich beissende Hunde mit dem Jagdgewehr auseinander zu bringen versuchte, ging ein Schuss los, der den Jäger mitten in die Brust traf. Der Unglückliche verstarb auf der Stelle.

+ + +
Ermordung der Schwiegermutter. Unter dem dringenden Verdacht, seine 68 Jahre alte Schwiegermutter erschlagen und die Leiche dann in der Scheune verbrannt zu haben, um die Spuren der Tat zu verwischen, wurde in Tost (Oberschlesien) der 28jährige Schlosser Slodzyk verhaftet. Seine Frau, die der Beihilfe beschuldigt wird, ist ebenfalls in Untersuchungshaft genommen worden.



Das grosse Rätsel.

SPD. Der Reichsfinanzminister Dr. Dietrich ist in der Frage der Arbeitsbeschaffung plötzlich etwas merkwürdig kleinlaut geworden. Im Haushaltsausschuss des Reichstages erklärt er, er habe in Stuttgart seine Vorschläge nicht in apodiktischer Form gemacht, wie es nach der Presse scheine. Der zuständige Minister Stegerwald prüfe zur Zeit die Sache und werde dem Reichstag zu gegebener Zeit darüber berichten.

Welche "Sache" prüft der Reichsarbeitsminister? Die Arbeitsbeschaffungsvorschläge des Reichsfinanzministers? Hat der Reichsarbeitsminister Kenntnis von genaueren und konkreten Vorschlägen des Reichsfinanzministers? Wenn ja, warum darf die Öffentlichkeit von diesen Vorschlägen nichts erfahren? Warum darf die Presse, die angeblich ungenau berichtet hat, nicht den Arbeitslosen endlich mitteilen, wie die Vorschläge Dr. Dietrichs aussehen? Die Öffentlichkeit interessiert sich sehr lebhaft für die "Sache", die der Reichsarbeitsminister zur Zeit prüft. Vielleicht könnte sie, wenn man auch sie prüfen liesse, der Reichsregierung bei der Aufstellung ihres neuen Arbeitslosenprogramms einige gute Gedanken mit auf den Weg geben. Heimlichtuerei in einer Frage, die das ganze Volk bewegt, ist wirklich unangebracht.

Nach wie vor ist die Öffentlichkeit gezwungen, sich lediglich mit den dürftigen Andeutungen des Reichsfinanzministers in der Arbeitsbeschaffungsfrage zu befassen. Von besonderem Interesse dabei ist die Stellungnahme der "Gewerkschaftszeitung", des Organs des ADGB. Sie äussert sich zu Dietrichs Vorschlag, für die Einstellung von Arbeitslosen in bestimmte Betriebe einen Zuschuss zu leisten, der der Verbilligung dienen soll, folgendermassen:

"Sicher ist der Gedanke, bei Mehreinstellungen von Arbeitslosen die ersparten Unterstützungsmittel in irgendeiner Form der Erleichterung der Produktion zuzuwenden, grundsätzlich diskutabel. Der Vorschlag der Gewerkschaften, für den bei einer Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit auf 40 Stunden zum Zwecke der Mehreinstellung von Arbeitslosen eintretenden Lohnausfall die freiwerdenden Unterstützungsmittel zum Lohnausgleich mit heranzuziehen, liegt auf dieser Linie. Aber auch die Gewerkschaften haben bei diesem Vorschlag keinen Augenblick die ausserordentlichen Schwierigkeiten verkannt, die sich bei der Abgrenzung des Begriffs der "Mehreinstellung" ergeben und die andererseits daraus resultieren, dass ja nicht alle Arbeitslosen gleichmässig unterstützt werden. Diese Schwierigkeiten, namentlich hinsichtlich der Abgrenzung der Neueinstellungen, die man als wirkliche Mehreinstellungen bezeichnen könnte, wären natürlich bei dem Vorschlag des Finanzministers ausserordentlich viel grösser, da ja der Masstab für die Möglichkeit der Personalvermehrung, wie er bei der Arbeitszeitverkürzung gegeben wäre, hier nicht herangezogen werden kann. Schwierig und konsequenzenreich dürfte auch die Auswahl der privilegierten Industrien sein. Welche Gefahren der Korruption aber bei einer allgemeinen Bezuschussung bestimmter Industrien, welche Bedrohung auf der anderen Seite für das allgemeine Lohnniveau sich ergeben würden, braucht heute nur angedeutet zu werden, und es bedarf nur einer Bezugnahme auf die sogenannte Ruhrhilfe unseligen Andenkens, um den gesamten Gefahrenkomplex, der sich mit einer solchen Politik verbindet, wieder vor Augen zu führen."

Die "Gewerkschaftszeitung" ist der Auffassung, dass der Finanzminister nun von sehr allgemeinen Vorstellungen über die Durchführung seines Programms

beherrscht ist. Das gehe auch aus manchem hervor, was er über die Lockerung des Bandes zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer sowie des Verantwortungssinns der Familienangehörigen für die Familienmitglieder durch die Arbeitslosenversicherung gesagt habe. Der Reichsfinanzminister übersehe, dass die häufige Abstossung von Arbeitskräften weniger eine Folge der Versorgung der Arbeitslosen durch die Versicherung als vielmehr eine Folge der Risikolosigkeit sei, mit der heute der Arbeitgeber Arbeitskräfte freisetzen könne. Bei dem riesigen Angebot von Arbeitskräften laufe er kaum Gefahr, dass die Abgestossenen in andere Betriebe oder Industrien abwandern.

Zusammenfassend betont das Organ des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes: Wenn die freien Gewerkschaften vorerst in der Ablehnung des Dietrich'schen Projektes mit dem Reichsverband der deutschen Industrie einig gehen, so vor allem deshalb, weil ihnen bisher der eigentliche Sinn der Absichten des Ministers nicht verständlich geworden sei, bzw. weil das, was man als Sinn seiner Ausführungen erkennen könne, keinerlei Möglichkeiten für gesunde Massnahmen eröffne. Ganz grundsätzlich müssten aber Bedenken geäußert werden gegen die Art, wie anscheinend nicht zuende gedachte Gedanken in die Öffentlichkeit geworfen werden. Der Vergleich mit der Idee der Einführung einer allgemeinen Arbeitsdienstpflicht dränge sich hier unwillkürlich und peinlich auf.

Wir fürchten, dass das Reichsarbeitsministerium, ähnlich wie bei der Arbeitsdienstpflicht so auch bei den Dietrich'schen Plänen den Totengräber abgeben muss. Das Reichsarbeitsministerium braucht bald nichts anderes mehr zu tun, als Arbeitsbeschaffungsutopien zu begraben. Statt Arbeitsbeschaffung Begräbnisse von Arbeitsbeschaffungsplänen! Der Karneval des schrecklichen Arbeitslosenwinters erlaubt sich grausige Witze.

SPD. In dem Lohnstreit zwischen dem Ostpreussischen Arbeitgeberverband für Handel, Industrie und Gewerbe e.V. und den Arbeitergewerkschaften bei der Ostpreussenwerk A.G. einschliesslich ihrer Ueberlandswerke (Elektrizitätswerke) ist unter dem Vorsitz des Gewerberats Soergel von Königsberg einmütig ein Schiedsspruch gefällt worden, der sich wenigstens etwas von der allgemeinen Lohnabbaupsychose fernhält. Der einmütig gefällte Spruch sieht einen Lohnabbau von 3% vor. Sämtliche Mitglieder der Schlichtungskammer trafen ihre Entscheidung in der bestimmten Erwartung, dass das Ostpreussenwerk nunmehr alsbald auch seine Stromtarife senkt. Bei der Ostpreussenwerk A.G. sind in Königsberg und in der Provinz rund 350 Arbeiter beschäftigt.

Endlich einmal auch ein Lichtblick! Angesichts der in neuester Zeit bei verschiedenen Verhandlungen zutage getretenen förmlichen Lohnabbauraserei muss man einen Lohnabbau von 3% beinahe schon als eine erfreuliche Tatsache buchen. Die Zustimmung eines Bergassessors und eines Fabrikbesitzers, die in der Schlichtungskammer mitwirkten, zu dem Schiedsspruch zeigt, dass selbst Arbeitgebervertreter eine 6%ige Senkung der Löhne, wie sie für verschiedene Industriearbeitergruppen und auch für die Gemeindearbeiter in Sachsen ausgesprochen worden ist, nicht für tragbar halten.

+ + +

Ein krasses Gegenstück dazu ist der soeben für die Weisshohlglasindustrie Verbandsgruppe IV Sachsen und angrenzende Gebiete gefällte Schiedsspruch. Nachdem der Schutzverband in den Mitgliedsbetrieben der Gruppe IV ab 5. Januar eine Aussperrung verfügt hatte, der gegenüber die Glasarbeiter in bei=spielloser Disziplin und Einmütigkeit zusammenstanden, wurde von dem zustän=digen Landesschlichter Dr. Hauschild-Leipzig mit den Stimmen der Arbeitgeber ein Spruch gefällt, der wieder einmal alles Augenmass vermissen lässt. Der Spruch sieht einen Lohnabbau von ungefähr 7% vor; für einzelne Arbeitergruppen ist sogar ein Abbau von 10 und mehr Prozent in Betracht gezogen. Was das be=deutet, wird erst klar, wenn man sich vergegenwärtigt, dass bereits am 1. No=

vember für die Zeit bis zum 31. Dezember durch Schiedsspruch ein Lohnabbau von 3% erfolgt war.

Die Vertrauensleute der Gruppe IV haben den Schiedsspruch selbstverständlich einmütig abgelehnt. Der Schutzverband hat ihn angenommen. Nun hat der Reichsarbeitsminister das Wort. Will er einen solchen Schiedsspruch für verbindlich erklären?

SPD. Die Arbeitsämter sind durch den Reichsarbeitsminister und die Reichsanstalt angewiesen worden, während der Wintermonate berufliche Bildungsmaßnahmen für die jugendlichen Arbeitslosen mit aller Kraft zu fördern. Die Teilnahme an diesen Bildungsmaßnahmen ist auch für die Jugendlichen möglich, auf die sich die Massnahmen der Reichsanstalt nicht erstrecken können. Auch mit den Organisationen der Jugendpflege sollen sich die Arbeitsämter in Verbindung setzen. Zu diesem Zweck hat der Reichsarbeitsminister den Ländern empfohlen, ähnlich wie der preussische Wohlfahrtsminister vorzugehen, der die Verwendung der noch vorhandenen Mittel für Jugendpflege, Leibesübungen und Lehrgänge vorwiegend für die Betreuung der erwerbslosen Jugendlichen angeordnet hat.

SPD. Für den Kalibergbau fanden am Freitag in Berlin Tarifverhandlungen statt. Mehrarbeit, Mantelvertrag und Lohnabkommen sollen neu geregelt werden. Die Verhandlungen brachten bis jetzt noch kein Ergebnis. Sie werden am kommenden Dienstag fortgeführt.

SPD. Die Kritiker der Schlichtungsnotverordnung im Unternehmerlager befürchten von der Wiederherstellung grösserer Entscheidungsfreiheit des Schlichters eine Schwächung des Verantwortungsbewusstseins der Parteien. Zum Beweis dafür verwiesen sie auf die Haltung der Bergarbeitergewerkschaften im Lohnkonflikt des Ruhrbergbaus. Sie betonen, die Gewerkschaften hätten in dem Augenblick, wo die Notverordnung erlassen worden sei, ihr früheres Zugeständnis einer 4%igen Lohnkürzung zurückgezogen, weil sie nach ihrer Aussage eine andere Einsicht über die Rentabilität des Ruhrbergbaus gewonnen hätten, die ihnen jede Lohnkürzung als überflüssig habe erscheinen lassen.

Damit keine Legende entsteht, muss demgegenüber in Erinnerung gebracht werden, dass die Gewerkschaften von allem Anfang an jede Lohnsenkung im Ruhrbergbau als unberechtigt erklärten und nachwiesen. Nur um einen Konflikt zu vermeiden, der nach Lage der Dinge Arbeitslosigkeit und Not unter den Bergarbeitern vergrössern mussten, und um eventuell zusammen mit dem Schlichter einen möglichst geringen Lohnabbau herauszuholen, ist das Angebot von 4% Lohnabbau gemacht worden. Dieses Angebot war naturgemäss, nachdem sich kein genügend grosses Entgegenkommen auf der andern Seite gezeigt hatte, umso mehr hinfällig, als die bei den Verhandlungen von den Unternehmern als Gegenargumente ins Treffen geführten Ziffern bei einer Nachprüfung durch die Gewerkschaften von neuem ergaben, dass keinerlei Lohnsenkung aus der wirtschaftlichen Lage des Ruhrbergbaus zu begründen war. Es ist also völlig abwegig, die Dinge so hinzustellen, als ob die Gewerkschaften in dem Augenblick, wo der Schlichter die Möglichkeit erhielt, eine Entscheidung sozusagen allein zu treffen, von ihrem Lohnabbauangebot aus Mangel an Verantwortlichkeitsgefühl wieder abgesprungen seien.



Das Reich als Bankier.

Die Milliardenbelastung durch Darlehen und Garantien.

SPD. Seit Jahren führt die Sozialdemokratie einen Kampf gegen die grosse Belastung, die dem Reichshaushalt durch die der Privatwirtschaft gewährten Subventionen erwächst. Diese Subventionen erfolgen teils durch Hergabe von Darlehen zu ausnahmsweise günstigen Zinsbedingungen, zum Teil durch Uebernahme von Garantien. In welchem Umfang das Reich sich als Bankier für die schlechtesten privatwirtschaftlichen Risiken betätigt, zeigt die Tatsache, dass 1929 insgesamt 2,3 Milliarden Darlehen gewährt und Garantien übernommen wurden.

Durch die Notverordnung vom 26. Juli 1930 erhielt der Reichsfinanzminister wiederum neue Garantieermächtigungen für das laufende Rechnungsjahr und zwar 350 Millionen zur Förderung des Aussenhandels sowie zur Uebernahme einer Dividendengarantie für Reichsbahnvorzugsaktien und schliesslich zur Uebernahme einer Zinsgarantie für Reichsbahn-Schuldverschreibungen bis zur Höhe von 250 Millionen. Der letztere Betrag soll der Finanzierung eines zusätzlichen Arbeitsprogramms durch die Reichsbahn dienen, jedoch hat man bisher von zusätzlicher Arbeitsbeschaffung noch nichts verspürt. Ferner sind noch zur Durchführung der Osthilfe Garantieermächtigungen für die Umschuldungsaktionen bis zu 100 Millionen und weitere 50 Millionen für Darlehensverpflichtungen bei der landwirtschaftlichen Siedlung erteilt worden.

Scheidet man die bereits übernommenen Garantien von den noch offenen Garantieermächtigungen des Reiches, so ergibt sich folgendes Bild: An Garantien übernommen sind bis zum 1. Oktober 1930 für die Landwirtschaft 109 Millionen, für Handel und Gewerbe 309 Millionen, darunter 19½ Millionen Russenkredite und zur Förderung des Aussenhandels 273 Millionen, für Wohnungs- und Siedlungswesen 199 Millionen. Im ganzen belaufen sich die übernommenen Garantien des Reiches auf rund 684 Millionen Mark. Ausserdem ist noch eine bestimmte jährliche Dividende für 375 Millionen Vorzugsaktien der Reichsbahn garantiert worden.

Seit 1927 sind auf Drängen der Sozialdemokratie in den Etat Rücklagen für die Inanspruchnahme des Reiches aus Garantien eingestellt. Diese Mittel stellten sich auf rund 53 Millionen. Aus diesem Fond sind bisher Ausfälle in Höhe von 56 Millionen abgedeckt worden, worunter sich u.a. 30 Millionen Winzer-Kredite befanden. Im Laufe des letzten Jahres eingetretene Ausfälle sowie die den Rücklagefond übersteigenden 3 Millionen müssen also als Vorgriff auf den für 1931 mit 13 Millionen vorgesehenen Rücklagefond übertragen werden. Ungeachtet aller Warnungen der Sozialdemokratie besonders bei der Uebernahme weiterer Garantien für Verluste der Getreidehandelsgesellschaft bei der Roggenstützung wird also jetzt das gleiche Spiel mit Vorgriffen auf das kommende Jahr gespielt.

Die noch offenen Garantieermächtigungen stellten sich am 1. Oktober 1930 im ganzen auf 931 Millionen. Hiervon entfallen auf die Landwirtschaft 119, auf Handel und Gewerbe 567 sowie für Wohnungs- und Siedlungswesen 245 Millionen Mark. Ein Teil von diesen Ermächtigungen ist inzwischen bereits durch feste Zusagen gebunden, sodass das Garantierisiko des Reiches am Schluss des laufenden Rechnungsjahres erheblich über den oben angegebenen 684 Millionen liegen wird. Trotz weiterer Garantieermächtigungen von 350 Millionen, die im Etatsgesetz für 1931 nachgesucht werden, soll der Rücklagefond wieder nur mit dem gänzlich unzulänglichen 13 Millionen dotiert werden.

Nicht weniger unerfreulich ist das Kapitel der Reichsdarlehen. Diese können nur in den wenigsten Fällen als Darlehen im bankmässigen Sinne angesehen werden. Wie das Reichsfinanzministerium im vorigen Jahr feststellte, sei das Reich häufig in der Zwangslage, zur Vermeidung von Zusammenbrüchen in der Wirtschaft Darlehen zu geben, auf deren Rückzahlung überhaupt nicht oder nur in gewissem Umfange gerechnet werden könnte. Die Entwicklung der Darlehensfrage bestätigt die Richtigkeit dieser Auffassung. Die Summe der Darlehen ist zwar im laufenden Rechnungsjahr zurückgegangen, aber nicht durch Rückzahlungen, sondern durch Niederschlagungen. So mussten die an die Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung gegebenen Darlehen von 623 Millionen und ebenso 2 Darlehen von 80 und 49 Millionen, die zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit der Reichsbahn gegeben wurden, niedergeschlagen werden. Die Tatsache, dass das in schwersten Finanznöten befindliche Reich der Reichsbahn die Rückzahlung von 129 Millionen geliehener Gelder erlassen hat, muss schärfste Kritik hervorrufen. Insgesamt sind durch diese Massnahmen die Darlehen des Reiches um 1 120 Millionen herabgedrückt worden, ohne dass das Reich hiervon auch nur einen Pfennig wiedergesehen hat. Hierzu gehört auch noch die Umwandlung von 370 Millionen Darlehen aus der werteschaaffenden Arbeitslosenfürsorge im Beteiligungskapital bei der neugegründeten Deutschen Gesellschaft für öffentliche Arbeiten. Mit einem reichlich übertriebenen Optimismus erklärt nun das Reichsfinanzministerium, dass nach der so erfolgten Bereinigung der Darlehensposten das Reich damit rechnen kann, dass der jetzt noch ausstehende Gesamtbetrag als wirkliche Vermögensreserve des Reiches anzusehen ist. Diese angebliche Vermögensreserve beträgt nach dem Stand vom 1. Oktober 838 Millionen.

Diese kurze Uebersicht über das unerfreuliche Kapital der Reichsgarantien und Darlehen kann nicht abgeschlossen werden, ohne auf die hartnäckigen Gerüchte über neue Subventionsabsichten bei der Werftindustrie hinzuweisen. Danach sollen für diese Zwecke 100 Millionen Reichskredit bereitgestellt werden.

Auf die schwerwiegenden Gründe, die selbst unter normalen Verhältnissen gegen solche Subventionen sprechen würden, soll hier im einzelnen nicht eingegangen werden. Es sei nur auf die Tatsache hingewiesen, dass Reichsfinanzminister Dietrich im Haushaltsausschuss wiederholt jede zusätzliche Mark selbst für die dringendsten sozialen Zwecke rücksichtslos abgelehnt hat. Es erhebt sich daher die Frage, ob eine nahezu zinslose Hergabe von 100 Millionen für die Werften keine neue Belastung des Haushalts darstellt?

Als Ergebnis des sozialdemokratischen Kampfes gegen Subventionen können seit dem vorigen Jahr Subventionspläne nicht mehr im Halbdunkel des Haushaltsausschusses verfolgt, sondern müssen im vollen Lichte des Plenums behandelt werden. Ist das Finanzministerium wirklich der Ansicht, dass es derartige Projekte im Plenum durchsetzen könnte? Wir glauben vielmehr, dass es sich bei diesen Plänen nur um müssiges Gerede handelt, bei dem der begreifliche Wunsch der Interessenten der Vater des Gedankens ist.

SPD. Der gewerbliche Stromverbrauch ist infolge der weiteren Zuspitzung der Wirtschaftskrise in den letzten Monaten ständig zurückgegangen. Nach den Feststellungen in "Wirtschaft und Statistik" ging die arbeitstägliche Stromabgabe von 103 erfassten Werken von 19,18 Millionen Kilowattstunden im Mai bis auf 17,9 Millionen kWh im Oktober zurück. Bei einem Monatsdurchschnitt = 100 im Jahre 1925 ist der Oktoberdurchschnitt mit 101,74 dem Stand von 1925 bedenklich nahegerückt. Der Maidurchschnitt ergab noch 107,73.

SPD. Der Gerling-Konzern in Köln, eines der grossen westdeutschen Versicherungsunternehmen, hat jetzt einen Anleihevertrag mit der Magdeburger Strassen-Eisenbahngesellschaft abgeschlossen. Die Strassenbahn ist ein kommunaler Betrieb. Der Anleihebetrag stellt sich auf 2 Millionen, die zur Abdeckung kurzfristiger Bankkredite und zum weiteren Anlageausbau dienen. Die Dauer der Anleihe beträgt $7\frac{1}{2}$ Jahr zu einem Zinsfuss von 7,5 %. Die Magdeburger Strassenbahn leitet von der Anleihesumme 1 Million an die Stadt Magdeburg zu unveränderten Bedingungen weiter. Die Aufnahme dieser Anleihe hatte sich als notwendig erwiesen, da es der Stadt Magdeburg infolge eigener Finanzschwierigkeiten nicht mehr möglich war, den Ausbau der Strassenbahn aus eigenen Mitteln zu finanzieren. Der Kölner Gerlingkonzern hat ähnliche Anleihen bereits mit verschiedenen anderen Kommunen bzw. Kommunalbetrieben abgeschlossen.

SPD. Das amerikanische Kupferkartell scheint mit seinem Latein vollständig zuende zu sein. Wahrhaft grotesk wirkte das Kupferpreis-Perpendikel, das in den letzten 6 Wochen nicht weniger als 8 Preisveränderungen nach oben und nach unten aufzuweisen hatte. Allen Bemühungen der amerikanischen Kupferkönige zum Trotz war aber eine "Aufwertung" der Kupferpreise auf dem Weltmarkt nicht durchzusetzen. Dazu drückten die enormen Vorräte, die allein in Amerika zwischen 360 000 bis 400 000 Tonnen schwankten, zu sehr auf die Preise. Nach den verschiedenen Niederlagen der letzten Wochen versucht jetzt das Kupferkartell, von hinten herum sein Preisgebäude aufzustocken. Es hat nämlich beschlossen, die so genannten Terminpreise für Lieferungen im März und den folgenden Monaten durch bestimmte Aufschläge heraufzusetzen, während die Januar- und Februarpreise unverändert mit 10,30 Cents je Pfund bestehen bleiben sollen. Man kann heute schon im Kupferkartell prophezeien, dass ihm dieser Dreh vorbeigelingen wird. Die zwangsläufige Folge wird doch nur die sein, dass im Januar/Februar noch stärkere Eindeckungen der Käufer zu den jetzigen Preisen erfolgen, und dass in den folgenden Monaten das Kupferkartell mit den Preisaufschlägen auf seinen Vorräten völlig sitzen bleiben wird.

SPD. Ueber die Preisrevolution auf den internationalen Metallmärkten gibt der jetzt vorliegende Geschäftsbericht des grössten deutschen Metallkonzerns, der Metallgesellschaft A.G. in Frankfurt a.M. einige interessante Ziffern. Danach sind vom 30. September 1929 bis Ende September 1930 die Preise für Standardkupfer um $41\frac{1}{2}$ %, für Elektrokupfer um $43\frac{1}{2}$ %, für Blei um 29 %, für Zink um $37\frac{1}{4}$ %, für Zinn um $38\frac{1}{2}$ % und für Feinsilber um 29% gesunken. Bei Kupfer und Zink muss man bis zum Jahre 1895 zurückschlagen, um gleich niedrige Preise zu finden. Der Zinnpreis ist seit 28 Jahren und der Bleipreis seit 19 Jahren nicht mehr so niedrig gewesen. Silber hat überhaupt noch niemals einen derartigen Tiefstand wie heute erreicht.

Die Metallkrise ist auch an diesem grossen Konzern nicht spurlos vorübergegangen. Wie wir bereits berichteten, war die Gesellschaft gezwungen, infolge hoher Sonderabschreibungen auf die entwerteten Vorräte ihre Dividende von 8 auf 5 % zu kürzen. Zum Ausbau der internationalen Zusammenarbeit im Metallhandel hat das Unternehmen im letzten Jahr eine Aktion mit der englischen Metallgruppe Amalgamated Metal Corporation und der belgischen Gruppe Societe Generale des Minerais abgeschlossen, wo-durch eine enge Verbindung mit den überseeischen Rohstoffgebieten (Kongo) hergestellt wurde.

Zwangsverkäufe drücken Kurse.

(Börsenbericht vom 12. bis 17. Januar.)

SPD. Berlin, den 17. Januar 1930.

So ruhig die erste Börsenwoche des neuen Jahres verlaufen war, so stürmisch ging es in der zweiten zu. Immer neue Zwangsverkäufe für schwach gewordene Aktienbesitzer drückten auf die Kurse und setzten sie von Tag zu Tag weiter herunter. Gleichgültig ob die Kurse noch über 100 Prozent oder schon weit darunter notierten, der Abbau ging unerbittlich vor sich. 10 bis 15 Punkte Verlust innerhalb drei oder vier Börsen waren bei zahlreichen Papieren festzustellen; verschiedentlich gingen die Abschlüsse noch weit darüber hinaus. Mit ganz besonderem Elan ging die Baisse noch einmal zu Beginn der Freitagsbörse über alle Märkte. Es schien ein schwarzer Tag der Börse zu werden. Schuld waren wiederum Zwangsverkäufe, die sich, je weiter der Kursabbau geht, zwangsläufig verstärken müssen, denn jede neue Kursabschwächung lockert weitere Aktienpakete. Nur dem Eingreifen der Banken bei den Werten, die mit die stärksten Tagesverluste aufzuweisen hatten, war es zuzuschreiben, dass in der zweiten Stunde eine recht kräftige Erholung Platz griff, die manches wieder ausglich. Das ändert aber nichts daran, dass gegenüber den Schlusskursen der Vorwoche ziemlich überall recht erhebliche Wochenverluste zu verzeichnen sind.

Den Rekordabschlag erlitten auf Grund der internationalen Börsenschwäche die Chade-Aktien (Elektrizität), die von 258 auf 231 RM pro Stück gefallen sind. Aus gleichen Gründen erlitten die Svenska-Aktien, die Papiere des Zündholzkönigs Ivar Kreuger, einen schweren Rückgang und zwar von 240 auf 218 RM; allerdings konnten sie sich am Freitag bis zeitweise 228,5 dann aber wieder 225 RM. pro Stück erholen.

Allein sachliche Gründe, nämlich die Befürchtung einer sehr starken Dividendenkürzung, führten ferner am Schiffahrtsmarkt zu einem gewaltigen Sturz des Papiers, das bisher die höchste Spitze an diesem Markt hielt, der Aktien der Hamburg-Südamerikanischen Dampfschiffahrtsgesellschaft. Ihr Kurs fiel von 134 bis 114 Prozent, aber auch hier konnten am Freitag die Stützungskäufe der Banken eine Erholung bis auf 120 Prozent herbeiführen. Immerhin haben sie 14 Punkte eingebüsst. Ebensoviel lagen die Aktien der Hansa-Dampfschiffahrtsgesellschaft niedriger und zwar sanken sie von 109 auf 94%. Daneben hielten sich Hapag und Norddeutsche Lloyd mit Abschlüssen von 5 bis 7 Punkten besser, doch stehen sie mit nur noch etwa 52 Prozent bereits auf niedrigstem Niveau.

Sehr harte Verluste setzte es ausserdem am Montanmarkt. Nicht nur die sehr schlechten Produktions- und Absatzziffern, die in dieser Woche aus der Montanindustrie bekannt wurden, haben diese Bewegung ausgelöst, sondern vor allem auch die Enttäuschung über die unzureichende Eisenpreissenkung, die eine Belebung des Eisengeschäftes unmöglich macht und somit auch Dividende für das laufende Jahr nicht erwarten lässt. Vereinigte Stahlwerke, Mitteldeutsche Stahlwerke und Harpener Bergbau waren um etwa 6 Punkte niedriger, d.h. um ca. 10 Prozent des Kurswertes. Noch stärker waren die Verluste bei Hoesch und Köln-Neuessen. Die letzteren fielen von 67,25 auf 52 Prozent, die ersteren von 62 auf 48,5 Prozent, also angesichts des niedrigen Standes ausserordentliche Abschlüsse.

Am Elektromarkt waren die Schuckertaktien die Hauptleidtragenden. Ihr Kurs sank von 107,5 bis 91 Prozent, da man hier schwere Dividendenenttäuschungen erwartet. Siemens gingen von 145 zeitweise bis 135 Prozent zurück, konnten aber am Freitag auf 141 Prozent wieder heraufgesetzt werden, obwohl die Dividendenschätzungen hier ungünstig lauten.

Starke Verluste waren im übrigen an ziemlich allen Märkten festzustellen. So verloren z.B. Deutsche Linoleum etwa 14, Reichsbank etwa 15, Salzdetfurth etwa 16, Karstadt etwa 10, Tietz etwa 10 Punkte, d.h. Verluste von 10 bis 15 Prozent des Kurswertes. Die Verlustliste der zweiten Börsenwoche ist also aussergewöhnlich schwer.

Knappes Angebot bei belebter Nachfrage.

(Berliner Getreidebörse vom 16. Jan.)

SPD. Bei ruhigem Geschäft verkehrte die Berliner Produktenbörse am Freitag in stetiger Haltung. Am Markte der Zeitgeschäfte ergaben sich nur unwesentliche Preisveränderungen. In effektiver Ware ist das Angebot an Weizen nach wie vor recht knapp. Seit einiger Zeit zeigte sich jedoch erstmalig wieder einige Kauf= lust seitens der rheinischen Mühlen, die im allgemeinen zu unveränderten Preise Ware erwerben konnten. Roggen war gleichfalls nicht reichlich angeboten und wurde von Händlern und Mühlen gleichfalls auf Basis der letzten Notierungen auf genommen. Am Markte der Zeitgeschäfte zeigten sich bei kleinen Umsätzen gleich= falls unbedeutende Veränderungen. Das Mehlgeschäft blieb sehr ruhig. Es fanden lediglich zur Deckung des laufenden Bedarfs Umsätze auf Basis der letzten Prei= se statt. Hafer hatte etwas schwächere Tendenz, da man sich nicht darüber einig ist, ob die evtl. zu erwartende Wiedereinführung der Einfuhrscheine den Markt in stärkerer Weise beeinflussen kann.

	<u>15. Jan.</u>	<u>16. Jan.</u>
	(ab märkische Station in Mark)	
Weizen	254 - 256	254 - 256
Roggen	151 - 154	151 - 154
Braugerste	199 - 213	199 - 213
Futter= und Industriergerste	188 - 194	188 - 194
Hafer	137 - 144	137 - 144
Weizenmehl	29,25 - 36,50	29,25 - 36,50
Roggenmehl	23,25 - 26,25	23,25 - 26,25
Weizenkleie	10,25 - 10,50	10,25 - 10,50
Roggenkleie	9,00 - 9,50	9,00 - 9,50

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen März 274-273½ (Vortag 274), Mai 283½ (284), Juli 288 (288). Roggen März 175-175½ (175½), Mai 181½ (182), Juli 184 plus Geld (184¾). Hafer März 154 - 154½ Geld (154¾), Mai 162-162½ (163½), Juli 167¾-168 Geld (169).

Berliner Viehmarkt.

(16. Jan.)

SPD. Bei geringer Kauflust war der Auftrieb am Freitag für alle Gattun= gen wieder reichlich. Auf dem Rindermarkt setzten sich leichte Preissenkungen von 1 bis 2 Pfennig pro Pfund durch, nur Qualitätsochsen erzielten höhere Prei= se. Auch der Kälbermarkt stand im Zeichen sehr geringer Kauflust, sodass bei gleichfalls starker Beschickung die Preise für das Pfund Lebendgewicht bis um 4 Pfennig nachgaben. Die Preise für Schweine, die verhältnismässig glatt aus dem Markt genommen wurden, blieben stetig. Für leichtere Tiere gaben die Notierun= gen unwesentlich nach.

Amtliche Notierungen der Direktion für 1 Zentner Lebendgewicht in Mark:
Kühe: a) 37-43 (voriger Markt 38-43), b) 30-36 (30-37), c) 25-27 (26-28), d) 22-24 (22-25). Kälber: a) -(-), b) 61-68 (63-72), c) 50-60 (52-62), d) 40 - 48 (40-50). Schweine: a) (über 300 Pfund) 55-57 (55-57), b) (240-300 Pfd.) 55-57 (56-57), c) (200-240 Pfd.) 55-56 (55-57), d) (160-200 Pfd.) 52-55 (52-56) e) (120-160 Pfd.) 50-52 (50-52), f) (unter 120 Pfund) - (-), g) (Sauen) 50 (50 - 51).

Kunst und Wissen

UNTERHALTUNGSBEILAGE DES S.P.D.

Berlin, den 16. Januar 1931.

Die Hunde des Völkerbundes.^x

Von Sydney Thompson.

SPD. Aus der Vorhalle des Genfer Völkerbundpalastes führt ein breiter Stiegenaufgang in den Glassaal und zu den verschiedenen Komiteeräumen und Ämtern des Sekretariats. Wenn man dieses Gebäude nach Sonnenuntergang betritt, so wird man vor dem Stiegenaufgang halt machen müssen; denn hier hält Lulu Wacht, und sobald er jemanden erblickt, wird er sich aufrichten und herunterkommen. Wenn du langsam und gemessen eingetreten bist, wird auch Lulu dir mit Würde begegnen. Wenn du aber stürmischen Schrittes die Vorhalle betreten hast, so wird auch Lulu mit Ungestüm einhergerast kommen. In beiden Fällen mußt du stehen bleiben und warten.

Lulu, ein Polizeihund, ist die Armee des Völkerbundes. Sachlich prüfend wird er dich anblicken. Er ist sich seiner Kraft bewusst, von der er während seiner nun zehnjährigen Dienstzeit als Nachtwache mehr als einmache Gebrauch machen musste.

Nun kommt auch ein stämmiger alter Herr mit grauen Haaren und Schnurrbart herbei - Monsieur Bochud, der Nachtportier. Auch er mustert dich. Dann gibt er Lulu ein Zeichen, worauf dieser wieder artig die Treppen hinaufschreitet und sich niederkauert.

Lulus Dienststunden sind von acht Uhr abends bis sieben Uhr morgens. Zehn Jahre lang war er jede Nacht auf seinem Posten, keine Minute zu früh, keine Minute länger als vorgeschrieben. Wenn etwa Bochud erkrankt war oder seinen Dienst erst eine Stunde später antrat, machte dies für Lulu keinen Unterschied aus. Auch wenn Herr und Frau Bochud ihren zweiwöchigen Urlaub antreten, ist er allen Vorschlägen, er möge sie doch begleiten, unzugänglich. Mit wehmütiger Sorgfalt überwacht er die Reisevorbereitungen und winkt den Scheidenden mit einer Pfote Abschiedsgrüsse zu. Dann geht er wieder an seine Arbeit.

Eines Nachts, um genau zu sein, gab es immerhin so etwas wie eine Pflichtversäumnis. Monsieur Bochud hat die Affäre vertuscht, ebenso Monsieur Briand, der Augenzeuge war. An allem war eine siamesische Katze schuld, und wenn man Lulu nach seiner Meinung fragt, so wird er antworten, dass die Siamesen eben im Völkerbundpalaste nichts zu suchen haben. Die Katze befindet sich zwar immer noch im Hause; aber sie weiss, dass sie den Keller, in den sie gehört, in Zukunft mit Lulus Bereich nicht vertauschen darf.

An einem warmen Vorfrühlingsabend hatte Lulu noch gute zehn Minuten bis zum Beginn seiner Amtsstunden Zeit und ging im Park spazieren. Da erschien die siamesische Katze. Die Berichte der Augenzeugen über das, was sich nun begab, gehen auseinander; aber Tatsache ist, dass Lulu damals mit blutender Schnauze erst fünf Minuten nach acht Uhr Abends seinen Dienst antrat. Bochud beschloss, zu vergeben und zu vergessen. Und er legt Wert darauf, dass für die Zeitungen Lulu niemals eine Minute seines Dienstes versäumt hat!

Einige Monate später machte Lulu seine Verfehlung mehr als wett. Er trug Wunden und diesmal ernstliche für die Interessen des Völkerbundes davon.

In der Nacht des 22. August 1927 wurden in Boston Sacco und Vanzetti hingerichtet. Es gab damals überall Demonstrationen gegen Amerika. In Genf nahmen sie die Form einer Attacke auf den Völkerbundpalast an. Dort weilten damals nur Bochud und Lulu. Steine wurden geschleudert; Fensterscheiben zersplit-

terten, und Bochud sah sich gezwungen, telephonisch um Hilfe zu bitten. Zu diesem Zwecke musste er Lulu allein lassen. Während er telephonierte, hörte er weiter Steine auffallen, Glas zersplittern und Drohungen und Flüche. Aber die Geräusche kamen nicht näher. Und als er zurück in den Vorraum stürzte, sah er die Ursache. Lulu stand gegenüber der Eingangstüre. Die Steine hatten ihn schwer verwundet; seine Augen waren blutunterlaufen; aus mehreren Wunden auf seinem Rücken floss Blut. Aber niemand betrat das Gebäude, obwohl die Türe bereits erbrochen war.

"Ja, wenn ich damals noch meinen andern Hund gehabt hätte", sagte Bochud, "dann hätte ich es nicht nötig gehabt, fremde Hilfe herbeizurufen...." Und er blickte auf den Platz zur linken Seite von Lulu. "Hier pflegte Bristol zu liegen. Vier Jahre ist es nun her, dass er gestorben ist." Während Bochud den Namen Bristol aussprach, hob Lulu seinen Kopf und blickte fragend seinen Herrn an. "Bristol war ein grosser weiss-brauner Bernhardiner. Wenn jemand kam, lief ihm Lulu entgegen, genau so wie heute.... Bristol pflegte oben zu warten. Sie verständigten sich wohl irgendwie untereinander; denn manchmal stürmte auch Bristol über die Stiegen, als hätte Lulu ihn zu Hilfe gerufen. Das waren noch schöne Zeiten. Wer kannte die beiden Hunde nicht? Monsieur Briand und Herr Stresemann haben hier oft des Nachts gearbeitet. Die Hunde pflegten sich ihnen entgegenzustellen, wie sie sich jedermann entgegenstellen, aber - ich gebe Ihnen mein Wort! - sie schienen dabei mich anzusehen und zu blinzeln, als wollten sie sagen: Ein gelungener Spass, nicht wahr, Herrn Stresemann und Monsieur Briand aufzuhalten?"

"Und was ist mit Bristol geschehen?"

"Nun, er ist zwölf Jahre alt geworden. Das ist ein hohes Alter für seine Rasse. Er wurde lahm, fast vollkommen lahm, und - was noch schlimmer ist - er erblindete. Oft wusste er nicht einmal, dass ein Fremder eintrete. Er schämte sich darob; er litt darunter. Dann befielen ihn noch andere Krankheiten; und schliesslich - was soll man machen? - ich....verkürzte seine Leiden. Der Tod war eine Wohltat für ihn... Es ging sehr schnell. Er hatte keine Ahnung..."

Schweigend standen wir da. "Ach, er war ein guter Hund", fuhr Bochud nach einer Weile fort. "Wir begruben ihn ehrenvoll. Lulu wusste natürlich nichts und hörte nichts. Aber nun will ich Ihnen etwas sehr Sonderbares erzählen. Am nächsten Abend rief ich Lulu, um ihm sein Abendbrot zu verabreichen. Er lief herbei. Als er jedoch den Raum erreicht hatte, wo Bristol getötet worden war, hielt er inne. Ich rief ihn, zeigte ihm sein Futter, aber er kam nicht. Er starte mich an. Ich kann Ihnen nicht beschreiben, wie er mich anblickte! Dann wandte er sich ab und ging weg. Den Raum, wo Bristol gestorben ist, hat er nie wieder betreten. Wir mussten einen andern Platz für seine Mahlzeiten bestimmen. Vier Jahre ist das nun her; aber Lulu hat nicht vergessen."

Der Briefträger kam, um den grossen Briefkasten im Vorraum zu leeren. Lulu kam die Treppen herab und stand lauernd da, bis der Mann sich wieder entfernt hatte. Dann ging er auf seinen Platz zurück, langsam, wie ein alter Krieger, der sich seine Kräfte für würdigere Gelegenheiten aufspart. Bochud wies auf den leeren Platz auf der linken Seite des Treppenaufganges. "Er duldet nicht, dass sich irgendwer dort aufhält. Wenn ein Botenjunge oder selbst jemand vom Sekretariat dort stehen bleibt, so kommt Lulu sogleich und stösst ihn weg. Auch mich duldet er nicht an Bristols Platz. Die Stelle muss frei bleiben. Was er sich dabei wohl denkt?..."

Ich sah auf Lulu, aber er antwortete nicht.

Nun, da die Nebel sich über den Genfer See senken, erinnere ich mich seiner als eines alten Kriegers, grau geworden im Dienste des Völkerbundes, mit wachsamen Augen sein Amt verrichtend. Und der Platz Bristols, seines Freundes, der nach einem Leben harter Pflichterfüllung getötet wurde, ist noch immer leer....

(Einzig autorisierte Uebersetzung von Leo Korten.)

Bei den Türken von Tesany.^x

SPD. Grell blendet das Sonnenlicht, das von den weissen Kalkfelsen der Herzegowina zurückgeworfen wird. Die Augen schmerzen, und man geht den ganzen Tag mit halb geschlossenen Lidern durch die ausgedörrten Strassen von Tesany. Weissgetünchte Häuser umlagern eine alte Ruine. Ein trauriger Ueberrest aus den Jahren der türkischen Macht! - Und alles in kreidehellem Licht; weisse Häuser, weisse Strassen, weisse Felsen. Selbst der Himmel erscheint weiss. - Nirgends Kontraste! -

Seltsam bunt aber kleiden sich die Einwohner; vielleicht, um die in der Natur fehlenden Farben zu ersetzen. Die Männer tragen kleine bunte Kappen, deren Farbe in jeder Ortschaft anders ist, mit aufgestickten Zweigen in Gold oder Schwarz und mit Trödeln gleicher Färbung, oder vielfach verschlungene Turbane, die so verblichen und schmutzig sind, dass man nicht weiss, ob sie einmal blau, grün, gelb oder rot gewesen sind. Die Waden umschliessen weisse Filzgamaschen, die mit vielen Dutzend Ösen geschlossen werden, die Länge des Beins hinunter, auf einem rotgoldenen Passepoil. Diese Gamaschen stecken in farbigen Strümpfen, und über diesen tragen die Leute Riemen-Mokassins, die sich jeder selbst macht. Dazu Pumphosen, schwarz oder blau. Ihre Westen sind zweireihig, rot und blau mit ausgelassenen Goldverschnürungen. Oder Tuchwesten, die mit Gold, auch an den Ärmeln, übersät sind. Oder Westen, die nur bis zu den Brustwarzen gehen, sodass das Hemd noch herausschaut über einer Bauchbinde, in den gleichen Farben wie die Kappe.

Die Frauen haben, wenn sie arm sind, weisse Filzmäntel ohne Ärmel. Die reichen tragen edle schwarze Stoffe mit goldroten Passepoils und Zwickeln unten, die breit mit Gold bordiert sind. Die Mäntel haben keine Ärmel. Die Ärmel des Unterkleides sind rot und mit goldenen türkischen Ziselierungen übersät. Farbige Decken ersetzen Schürzen. Handgrosse Silbermuscheln dienen als Schnallen. Mindestens zwei Dutzend silberne Knöpfe sind an der Weste, so gross wie Taubeneier. Ein Volk von seltsamer Prunklust. Ein toller Luxus bei Leuten, die im Schmutz liegen und Hühner verkaufen. In ihren Häusern gibt es weder Tisch noch Bänke, keinen Ofen, kein Bett, überhaupt kein Mobiliar. Mit gekreuzten Beinen, wie die Araber, sitzen die Leute auf dem Boden und langen beim Essen mit den Fingern in die Holzschüssel. Ein paar Felle in der Ecke ersetzen das ganze Schlafzimmer.

Ein äusserst anmutiges Bild ist es, wenn die Frauen auf kleinen Pferden vorbeireiten, mit blitzenden Augen, mit Dolch und Pistole, mit Flinte und Regenschirm. Fabelhafte Wirkung! - Ganz wie in Korsika.

Zwischendurch wandeln, mit dem Fes, die Türken. Diese Bevölkerung hat sich eigenartig gemischt. Die Türken sprechen zum Teil nur serbisch. Wahrscheinlich sind sie grossenteils Slawen, obwohl die frommen Patriarchen mit Andacht ihre weissen Bärte und Turbane wie Gestalten aus Tausendundeiner Nacht um den Brunnen herumtragen. Alles erinnert hier noch an die Herrschaft der Türken vor 50 Jahren. Dort ragt ein schlanker, vierkantiger Turm empor, dessen Uhr noch die orientalische Zeiteinteilung trägt. Ueber flache Dächer recken sich die schlanken Spitzen der Minaretts, in deren oberem Drittel sich ein kleiner Rundbalkon befindet. Ganz unbeschreiblich ist die Wirkung, wenn der Muezzin um 12 Uhr dort oben seinen Gesang beginnt. Einen Schnörkel von Ruf, der sich hebt und der ansteigt mit einer aufregend bunten Monotonie, wiederholt nach allen vier Himmelsrichtungen. Eine Sensation für Tesany!

Die Moslems, die sich sodann auf diesen Engelsruf hin versammeln, gleichen eher einer Räuberbande. Mit Turbanen und roten Pumphosen, mit Spitzbärten und langen Schnurrbärten, im Fes mit erloschenen Bosphorusgesichtern, schmutzig wie wilde Affen. Sie begeben sich hinter ein Gitter an der Rückseite der Moschee, wo in der Wand ein Dutzend Hähne eingelassen sind, wie in einer Bodega in Spanien. Sie ziehen Schuhe und Strümpfe aus und waschen sich bedächtig ihre

Füsse. Dann wanken sie um die Moschee herum und stellen ihre Schuhe in Holzfächer rechts und links, die wie Patrizierstühle in alten Dorfkirchen nummeriert sind.

Diese Moscheen flammen vor Frömmigkeit. Sie sind vollständig mit glutfarbenen Teppichen belegt. Die Wände sind mit Goldarabesken überladen. Sonst bergen sie weiter nichts. Ein grosser Salon, der vor Farbe zittert. Hin und wieder hängen Koransprüche, eingerahmt, schwarz auf weiss, an der Wand, mit einer grossen, wilden Schrift dargestellt, als seien es Bilder und Zeichen aus dem alten Babylon.

Die Gläubigen, die Anhänger Mohammeds, vollführen nun eine seltsame Gymnastik. Das Dutzend Beter lässt sich Raum. Sie füllen den Salon aus wie ein Spargelbeet. Eine Schützenkette von Fanatikern! Etwa einen Meter davor steht der Vorbeter mit einem weissen Turban um den Fetz. Die anderen tragen europäische oder serbische Kostüme, dazwischen auch türkischen Prunk. Aus einer Ecke klingt die Liturgie, dieweilen die Andächtigen auf den purpurnen Teppichen knien, das Gesicht gen Osten gewandt, gen Mekka, die heilige Wallfahrtsstätte aller Muselmänner. In gleichem Rhythmus erfolgen nun die Gebetsübungen, die, vom Vorbeter angefangen, die ganze Bande ausführt. Es sind unaufhörliche Verbeugungen, wobei der Kopf bis auf die Erde herabgesenkt wird. Die Hände machen diese Bewegung mit. Von einer Art Empore sieht man nur die sich auf und nieder beugenden Rücken der Gläubigen, überhaucht vom bunten Lichte der prall herniederstrahlenden Sonne, gebrochen von bunten Glasscheiben und reflektiert von den Teppichen - ein Licht nur in Farbnüancen von Rot. Nach beendeter Andacht entfernt sich alles lautlos, und der Vorbeter verschwindet in geheimnisvollen Gemächern. Auf den Markt strömt alles zurück, um Bekannte zu begrüßen, Neuigkeiten zu erfahren und den lieben langen Tag totzuschlagen.

Wird sich das jemals ändern, dort unten im Balkan, wo noch nach uralter Sitte die Tradition heilig gehalten wird, und wo man noch von der Hand in den Mund lebt, ohne sich um den folgenden Tag zu kümmern? Arno Ullmann.

Ein Ritt um Leben und Tod.^x

SPD. Wir sassen in dem kleinen russischen Emigrantenrestaurant im Berliner Westen. Die Balalaika-Kapelle machte gerade eine Pause. Auch an unserm Tische war es still. Schliesslich sagte einer: "Niki, erzählen Sie doch die Geschichte Ihrer Rettung!" Niki, der Leutnant, drückte seine Zigarette aus. Das lange Hohlmundstück ragte über den Rand des Aschenbechers. Es sah aus, als blickte man vom Flugzeug auf das Rohr eines Festungsgeschützes. Wir hatten auch schon allerlei getrunken an dem Abend. "Die kennt ihr doch alle", antwortete Niki müde. "Ich kenne sie nicht". - "Ich auch nicht." - "Ich höre sie immer wieder gern, Niki". Der Leutnant suchte in seiner Tasche nach Zigaretten. Er sah übrigens keineswegs mehr wie ein Leutnant aus. Sein dunkles Haar war angegraut und stark gelichtet. Der Mund, der vielleicht einmal schön und kühn geschwungen gewesen war, zeigte einen schlaffen und fast verdrossenen Zug. Wir schoben Niki Zigaretten hin. Einer hob die Hand gegen den Kellner, der an der Tür lehnte, und spreizte die Finger. Als dann die fünf Karaffen mit Wodka gebracht worden waren, begann Niki zu erzählen.

"Schon unter Kerenski hatten wir Soldatenräte bei der Truppe. Immerhin, man hörte noch auf die Offiziere. Später hörte man nicht mehr. Aber man dulde uns. Es war im November 17. Kerenski stürzte, die Bolschewiken kamen, doch bei uns an der Front merkte man es kaum. Noch war ja Krieg, und wir lagen ganz vorn. Freilich, wir mussten täglich zurück. Die Deutschen machten gerade den Vorstoss im Norden. Am dritten September war Riga von euch genommen." Niki blickte auf. Er hatte die letzten Worte nur zu den paar deutschen Freunden ge-

sprochen, die mit ihm am Tische sassen. "Da oben sind auch Wälder. Die Wälder waren unser einziger Schutz. Ihr triebt uns zwar weiter, aber es ging nicht mehr so schnell. Wo ihr hinkamt, machtet ihr erst Ordnung. Ihr legtet eure Eisenbahnen bis in die Waldschneisen, ihr hängtet Telephondrähte von Baum zu Baum und warft den Dreck aus unsern Unterständen."

Eines Abends lässt mich der Soldatenrat zu sich kommen. "Leutnant," sagt er, "Dein Vater ist erkrankt in Petersburg. Man hat an dich telegraphiert. Du sollst heimkommen. Aber du weisst, für Offiziere gibt es keinen Urlaub."

"Ich weiss", antwortete ich. "Und da du es auch weisst, hättest du mich ungeschoren lassen sollen. Der Vater stirbt, und der Sohn darf nicht zu ihm. Das wär unter dem Zaren nicht möglich gewesen."

"Allerdings, für Offiziere nicht, Genosse Leutnant, aber wir wollen nicht darüber sprechen, was unter dem Väterchen möglich war." Dann sieht er mich eine Weile lächelnd an. "Hast Du noch niemals davon gehört, dass man auch ohne Urlaub reisen kann? Du bist ein braves Vieh gewesen, soweit das bei einem möglich ist, der die silberne Kokarde trägt. Wir werden dir nicht nachsetzen, wenn du Schluss machst mit dem Krieg."

Nun, ich wollte nicht Schluss machen mit dem Krieg. Ich wollte nur zu meinem Vater und dann zurück zur Front. Ich sagte ihm das. Er lächelte. "Ehe du wieder hier bist, ist es aus. - Also, weisst du die Eisenbahn?" Ich zeigte es ihm auf der Karte. Er schüttelte den Kopf. "Längst nicht mehr. Die Schienen laufen jetzt hier." Er markierte eine Waldstelle mit dem Bleistift. "Es ist kein Bahnhof dort, Leutnant, nicht einmal ein Wartesaal erster Klasse, in dem du soupiieren kannst. Es ist eine Lichtung im Walde. Dort stehen ein paar Wagen. Jede Nacht werden sie abgeholt von der Maschine und auf das Hauptgleis gefahren. Steig ein, warte, und nachher frag dich zurecht! Siehst du, hier liegen Fahrscheine. Ich hab' sie schon unterzeichnet. Wenn du jetzt rausgehst, brauchst du nur einen einzustecken. Hast du Geld? Hast du eine Karte?" Er schob mir ein Bündel Rubel zu. Ich quittierte über empfangene Löhnung und steckte die Karte ein. "Dank, Kamerad!" Er reichte mir die Hand. "Nichts zu danken, Genosse Leutnant. Ehe Du nach Petersburg kommst, nimm die Kokarde runter und die Epauletten! Die Bolschewiken halten das Zeug für Schiessscheiben."

Eine halbe Stunde später reite ich ab. Wir hatten viele Pferde, obgleich wir zur Infanterie gehörten. Doch an jedem Abend liefen uns die Tiere aus dem Dunkel der Wälder zu. Einmal war ein deutscher Offiziersgaul darunter. Wir sahen es am Sattelzeug und an dem geputzten Riemen. Als ich im Bügel bin, merke ich, dass es der "Deutsche" ist. Aber das Tier geht gut, ist brav und gleitet ohne Furcht durch die dunklen Stämme. Ein paar Mal stosse ich auf unsre Feldwachen. Einige rufen mit freche Witze zu, andere salutieren, stramm wie in Friedenszeit beim Manöver. Auskunft kann keiner geben. Ich hab' nur die Karte und weiss ungefähr die Himmelsrichtungen, Nord und Süd und Ost und West. Ich halte ostwärts. Brüder, es ist schrecklich, durch einen dunklen Wald zu reiten, wenn es Herbst ist und Krieg, und wenn man das Ziel werden kann für den Feind und für die aus dem eignen Lager. Nach drei Stunden halte ich an. Selbst wenn ich im Schritt geritten wäre, hätte ich nun am Ziele sein müssen. Ich sehe nichts; ich weiss nicht mehr, wo ich bin. Mein "Deutscher" zuckt mit den Ohren, schnaubt, tänzelt unruhig. Vielleicht wittert er Wölfe. Ich nehme den Revolver heraus, greife zugleich eine Zigarette aus der Tasche und brenne sie mir an. Im gleichen Augenblick ertönt ein Ruf. Noch ehe ich ihn verstanden habe, krachen Schüsse. Es schlägt hart und splitternd in die Stämme neben mir, und nun bricht der Gaul los. Er jagt quer durch den Wald. Zweige peitschen mein Gesicht; ein Ast reisst die Mütze fort; es geht in toller Karriere durch die Nacht.

Endlich wird das Pferd ruhiger. Als sich die Stämme lichten und eine weite Rodung auftaucht, geht es im Schritt. Und da blinkt es im Gras. Der Huf schlägt auf Eisen. Es sind die Schienen. Ich sehe ein Blockhaus: nein.

es ist kein Blockhaus, es ist ein Eisenbahnwaggon. Ich bin am Ziel. Langsam stecke ich den Revolver ein, wische mir den Schweiss von der Stirn, reite bis zum Waggon und steige totmüde aus dem Sattel. Einmal höre ich Stimmen, aber sie verlöschen schnell. An einem Baume lehnt ein Mann, das Gewehr unter dem Arm. Ein Posten. Ich will ihn fragen, aber es ist zu weit bis dorthin. Ich klopfe dem "Deutschen" auf den Hals. Er weiss, dass er entlassen ist, und trabt nach einer Grasnarbe nahe den Stämmen. Ich klettere in den Wagen. Es ist stockdunkel und kalt. Aber besser als draussen ist es doch. Ich werfe mich auf das Polster, decke mich mit dem Mantel zu, will eine letzte Zigarette, greife aber das Bündel Rubelnoten und ziehe es hervor. Ich zähle und glätte die Scheine. Ein wenig Mondlicht fällt durchs Fenster. Plötzlich habe ich einen merkwürdigen fremden Schein zwischen den Fingern. Es war ein deutscher Tausender. Weiss der Teufel, wie er dazwischen geraten ist! Ich schiebe ihn in die Brieftasche, da, wo das Telegramm meines Vaters ist. Dann schlafe ich ein.

Als ich aufwache, ist es Tag. der Wagen rollt. Noch immer fliegen draussen Stämme vorüber. Die Abteiltür öffnet sich. Ich blicke auf den Eintretenden und glaube zu träumen. Ein deutscher Feldwebel steht vor mir. Er salutiert: "Bitte Fahrschein und Ausweis!" Ich starre ihn an. Was dann kam, weiss ich nicht mehr. Erst später weiss ich: wir sitzen beide im Abteil; meine Waffen sind mir abgenommen. Ich bin Gefangener. Aber der Feldwebel lacht, nickt mir zu und hat sogar einen Schnaps für mich in seiner Flasche. "Der Teufel mag wissen, wie und wo ich in diesen Waggon gekommen bin?" Ich hatte es deutsch gesagt, und der Feldwebel grinst, antwortet, während er mir eine braune Zigarrentasche unter die Nase hält! "Vermutlich auf dem Endpunkt unserer Feldbahn."

Den Tausender hab' ich übrigens erst wechseln müssen, als ich ein Jahr später aus dem Gefangenenlager kam. Ohne ihn sässe ich nicht hier."

"Aber auch nicht ohne deinen "Deutschen", "sagte jemand.

Roland Marwitz.

----- Die Geschichte vom Tazzelwurm.^x -----

SPD. Im neuen Museum für Naturkunde in Salzburg ist unter anderen interessanten Dingen auch ein sogenanntes "Marterl" ausgestellt, eine jener Gedächtnistafeln, wie man sie in den Alpenländern an den Stellen aufzustellen pflegt, wo Menschen von stürzenden Steinen erschlagen wurden. Auch hier handelt es sich um eine Gedächtnistafel für einen Verstorbenen, aber Bild und Text sind, in der Sprache vieler Naturforscher gesprochen, "nichts anderes als eine wüste Fabel". Man sieht eine idyllische Berglandschaft; im Himmelsblau schwebt eine Madonna, und auf der Erde neben einem Fusspfad liegt gegenüber einem abgestorbenen Baum ein toter Bauer. Hinter ihm sieht man zwei grosse Eidechsen. Die eine züngelt noch ein wenig mit einer gespaltenen Schlangenzunge, die andere wendet sich bereits uninteressiert ab und neuen Abenteuern zu. Unter dem Bilde steht: "Im gaben Schrecken starb hier von Springwürmern verfolgt Hans Fuchs aus Unken 1779".

Das ist eine historische und gewissermassen "volksamtliche" Urkunde über den "Tazzelwurm" der Alpenländer, der je nach der Gegend auch "Bergstutz" oder "Stollwurm", in Österreich auch "schmeckender Wurm" (hochdeutsch: riechender bzw. stinkender Wurm) genannt wird. In einer "kirchenamtlichen Urkunde", der Chronik des bekannten Grimsel-Hospizes, - bekannt heute vor allem dadurch, dass man es räumen musste, weil es in einem mächtigen Stausee, den man gegenwärtig anlegt, versinken muss, - wird der Stollwurm als "ein gut Klafter lang und Mannesschenkel dick" bezeichnet. Die weitere äussere Beschreibung lautet, dass der Tazzelwurm sehr selten und scheu sei, kurze Füsse

einen runden Kopf und einen kurzen, gestutzten Schwanz habe, stark rieche und durchdringend pfeifen könne. Als Länge wird ein halber bis ein ganzer Meter angegeben. Manche sprechen auch von einer gespaltenen Zunge (stammte der Bericht aus den Tropen, so würde man sofort eine Waranechse vermuten). Ueber die Haut gehen die Angaben auseinander. Einige schildern das fragliche Tier als spärlich behaart, andere als beschuppt. Diese Uebereinstimmungen findet man fast bei allen Leuten, die den Tazzelwurm selbst gesehen zu haben beschwören, und sie weichen auch bei den verschiedenen Beobachtungen aus weit auseinanderliegenden Zeiten nicht wesentlich ab.

Der naheliegende Schluss wäre also, dass es in den Alpen ein sehr seltenes und scheues, vielleicht höhlenbewohnendes Reptil gibt, das man noch nicht genau kennen gelernt hat. Sonderbarerweise ist es aber dem Tazzelwurm so ergangen wie dem Riesentintenfisch, dem Okapi und der Seeschlange: alle diejenigen, die das Tier nicht gesehen haben, behaupten, es gäbe das Tier garnicht. Wie man beim Riesentintenfisch bis zum endgültigen Vorliegen von Riesenkadavern behauptete, dass es sich um eitel Augentäuschungen und Irrtümer handelte, so hielt man das Okapi der Neger solange für ein Zebra, bis die tote Kurzhalsgiraffe vor den Füßen des weissen Jägers lag. Und genau so, wie vor wenigen Jahren das Marineamt allen Ernstes die Kapitäne anwies, auf Meeresströmungen, neue Inseln und auf Seeschlangen zu achten, so erlässt neuerdings Dr. Venzmer in einer der grössten deutschen naturwissenschaftlichen Zeitschriften eine in sieben Punkte spezialisierte Rundfrage nach dem Tazzelwurm der Alpen. Dabei wird auch die Möglichkeit offen gelassen, dass die Entstehung des Tazzelwurmgläubens auf abergläubischen Vorstellungen und Bräuchen beruht.

Vielleicht wird durch die Ausfüllung dieses wissenschaftlichen Fragebogens das Tazzelwurmrätsel seiner Lösung ein wenig nähergebracht. Bisher ist die beliebteste Erklärung die, welche den Tazzelwurm auf ein anderes, gut bekanntes Tier, nämlich den Fischotter, zurückführen will. Denn auch vom Fischotter heisst es, dass er in vermeintlicher Gefahr durchdringend pfeifen kann. Immerhin wäre es denen, die die Rundfrage erlassen haben, wohl lieber, wenn sie statt eines Fischotters den wirklichen Tazzelwurm oder seinen glücklichen Finder pfeifen hörten.....

Willy Ley.

SPD. Depeschen mit Ansichten.^X Max fährt zum Wintersport nach Braunlage. Geld geht aus. Denn Wintersport mit seinem Drum und Dran kostet eine Kleinigkeit. Max depeschiert an seinen Vater um Draht. Heute Nachmittag kommt er mit saurem Gesichte zum Rodeln: "Das Neueste! Jetzt sind sogar Depeschen mit Ansichten zu haben!"

"Mit Ansichten? Du meinst wohl die Verzierungen auf den Glückwunschdepeschen?"

"Nein, nein, ich habe heute eine Depesche mit einer Ansicht aus Glauchau gekriegt."

"Unmöglich!"

"Gar nicht unmöglich!" sagt Max traurig und zieht eine Depesche aus der Tasche. Eine ganz gewöhnliche Depesche. Und gibt sie uns zu lesen. Wir entziffern neugierig den Text: "Bin der Ansicht komme mit nächstem Zuge heim nach Glauchau dein Vater."

SPD. Musik wird oft nicht schön empfunden.^X "Ich habe jetzt einen herrlichen Zusatzteil für unser Klavier bekommen!"

"Was ist es denn?"

"Ein Sicherheitsschloss."